ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל

MONTAG, 12. AUGUST 1974 • PREIS: IL 1.— יום שני, כ״ד באב תשל״ד ★ המחיר: ל״י

[...]TAT-KÜRZUNG ALLER [...]NISTERIEN GENEHMIGT

[...]zung eines Regie[...]sses vom 2. Juli, als [...]t die jüngst gefass[...]aftsmassnahmen bil[...]n auf der gestrigen [...]tzung allgemeine [...] der Budgets sämtli[...]rien, mit Ausnahme [...]onsministeriums be[...]

[...]-Korrespondent be[...] Kürzungen betreffen [...] reguläre Staatsbud[...] rund IL 340 Mil[...]spart werden), als [...] Entwicklungsbudget [...]e von IL 618 Mio.) [...]issar für Staatsein[...]son Gafni, erläuter[...] Pressekonferenz in [...]ass auch das Infor[...]terium von den [...] im Staatshaushalt [...]ont werden dürfte, [...]se Frage auf einer [...] Regierungssitzung [...]en. Von den IL 24 [...]s Budgets des In[...]nisteriums wird an[...]g von ungefähr IL [...] gedacht. Alle Kür[...]hen etwa 15% der operativen Budgets unter Ausschluss der Lohnetats aus.

Gafni erklärte, man hoffe den Rahmen des bestätigten Staatsbudgets trotz der starken Inflation nicht zu überziehen und dass die Regierungsämter es vollbringen werden, die Teuerungen aus eigenen Mitteln zu verkraften. Auch will man die sicherheitsbedingte Bautätigkeit auf eine längere Zeitspanne als ursprünglich gedacht ausdehnen, wodurch ein Teil der Belastung dem Staatshaushalt des kommenden Finanzjahres zugeschrieben werden kann.

WALDHEIM: Nahost-Konferenz im Oktober

UN-Generalsekretär Waldheim erklärte in Genf, es seien Bemühungen im Gange, die Nahost-Friedenskonferenz im Oktober dieses Jahres fortzusetzen. Allerdings sei noch eine Anzahl von Punkten zu klären, sagte der UN-Sekretär in einem Gespräch mit Journalisten, wenn die Konferenz gut vorbereitet werden solle. Die Genfer Verhandlungen waren im Dezember vergangenen Jahres aufgenommen und nach nur zweitägiger Dauer auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Seit dem Oktoberkrieg sind im Nahen Osten 23 Vertreter der Vereinten Nationen ums Leben gekommen.

Sowjetisches Fernsehen:
RAENKESPIEL DER DEMOKRATEN AM RUECKTRITT NIXONS SCHULD

Der sowjetische Präsident Podgorny äusserte in einer Botschaft an Ford Zuversicht, dass sich die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zum Wohl beider Völker im Interesse des Weltfriedens weiterentwickeln werden.

In einer halbstündigen Sendung des sowjetischen Fernsehens haben die prominenten Kommentatoren Valentin Zorin und Leonid Vonjaklin den Rücktritt Präsident Nixons auf ein Ränkespiel der Demokratischen Partei und der von den Demokraten beherrschten Nachrichtenmedien, sowie auf allgemeine Unruhe wegen der Inflation in den USA zurückgeführt. Die Verwicklung Nixons in die Watergate-Affäre wurde von den sowjetischen Kommentatoren nicht erwähnt.

In Brüssel haben die Mitglieder des ständigen NATO-Rates in einer Sondersitzung eine Botschaft des neuen amerikanischen Präsidenten begrüsst, in der Ford der Allianz seine uneingeschränkte Unterstützung zusicherte. Der Präsident bekräftigte die zentrale Bedeutung, die dem atlantischen Bündnis in der amerikanischen Aussenpolitik beigemessen wird. Ford hat ausserdem eine Botschaft an den sowjetischen Parteichef Breschnew gerichtet.

[...]ts: Keine Massnahmen zur Belebung der Konjunktur in der BRD

[...]onner Wirtschafts[...]riderichs hat be[...]e westdeutsche Re[...] gegenwärtigen Zeit[...] Massnahmen zur Be[...]Konjunktur ergreifen [...], sonst zu einem [...]n Boom kommen

[...] Fernsehinterview [...] Minister, bei den [...]nigen Wirtschaftsbe[...]le es sich nicht um [...]nische, sondern [...] strukturelle Proble[...]treten. In dem Jahresbericht der Organisation über Japan heisst es, der Druck auf die Preise werde trotz der Abschwächung der Konjunktur sehr stark bleiben und die japanische Regierung zu einer äusserst vorsichtigen Steuerung ihrer Wirtschaftspolitik zwingen.

Auch die Inflationsmassnahmen werden in Form von Kreditrestriktionen und eine Erhöhung der Haushaltsmassnahmen ersetzt werden.

[...]r finanzpolitische [...] Opposition im Bun[...] CSU-Vorsitzende [...]h sich für eine Bei[...]er Stabilitätspolitik [...] Interview mit der [...]nntag" betonte er [...]s für bestimmte [...]weige und Regionen [...]urbremsen gelockert [...]ten.

[...]ESTRIKTIONEN [...] IN JAPAN

[...]iederbelebung der [...]tigkeit Japans wird [...]sicht der Organisa[...]tschaftliche Zusam[...]nd Entwicklung erst [...] Halbjahr 1975 ein[...]

TRANSPORTARBEITER-GEWERKSCHAFT GEGEN UNTERBEZAHLUNG AUF SCHIFFEN

Der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Gewerkschaft, Charles Bless, hat in Stockholm Massnahmen des Verbandes gegen die Unterbezahlung von Matrosen auf Schiffen angekündigt, die in Ländern von sogenannten „billigen Flaggen" registriert sind. Bless sagte, wenn die Schiffseigner diese letzte Warnung nicht befolgten und damit beginnen, den Besatzungen angemessene Löhne zu zahlen werden künftig alle diese Schiffe weltweit boykottiert werden.

Beobachter: Zypern wird geteilt werden muessen

Zypern wird wahrscheinlich geteilt werden müssen. Eine andere Lösung dürfte in Genf nicht gefunden werden.

In Genf hat die Zypernkonferenz in einer Vollsitzung, an der neben den Aussenministern Griechenlands, der Türkei und Grossbritanniens erstmals auch Vertreter beider Bevölkerungsgruppen auf Zypern, Klerides und Denktasch, teilnehmen, mit der Erörterung von Problemen der künftigen Verfassung des Landes begonnen. Gestern herrschte Waffenruhe auf Zypern.

Die griechisch-zypriotische Nationalgarde übergab den türkischen Armee-Behörden die Liste der türkisch-zypriotischen Kriegsgefangenen. Es handelt sich um etwa 90.000 Zivilgefangene, zumeist Frauen, Kinder und alte Männer.

Die Türken stellten harte Bedingungen. Die Griechen wollten nicht nachgeben, hiess es in den Abendstunden. Die Briten unternahmen Vermittlungsversuche. Man befürchtet, dass die Kämpfe auf Zypern wieder aufgenommen werden, wenn in Genf kein Uebereinkommen erzielt werden sollte.

Gestern trafen weitere 50 türkische Tanks in Zypern ein. In Kyrenia wurde eine Filiale der Otoman-Bank eröffnet.

Die Verlegerin Leni Flachos, die 5 Jahre in London im Exil gelebt hatte, ist nach Athen zurückgekehrt. Sie hatte ihre beiden Zeitungen nach der Machtübernahme durch die Militärs nicht mehr erscheinen lassen. Jetzt werden beide Blätter wieder herausgegeben.

[...]w York Times: Nixon kann [...] Gericht gestellt werden

[...]laximalstrafe koennte sich auf dreissig Jahre belaufen

[...] York Times schloss [...] einer Meldung aus [...] amerikanischen Se[...] die Möglichkeit aus, [...]sident Nixon wegen [...]ate-Affäre eines Ta[...]richt gestellt werden [...] Höchstrafe, die ihm [...]ürde, könnte mit 30 [...]heitsentzug bemessen

[...]eptember beginnt das [...]egen neun der intim[...]ligen Mitarbeiter Ni[...]s Einbruchs und der [...]s Einbruchs, sowie [...]ung der Watergate[...]uldigt werden: Ehr[...]lideman, Dean, Mi[...]n und andere, von [...] bereits in anderen [...]eiten abgeurteilt wor[...] Nixon wird diesmal [...]ierigkeiten zur Zeu[...] vorgeladen werden [...]Niemand wird Nixon [...] Schicksal bewahren [...] Ein Amnestieerlass [...]cht in Frage. Auch [...] kann dem Expräsi[...]cht gewährt werden. [...]d wieder Schlagzeilen [...]se machen.

[...]nderankläger in der Watergate-Affäre erklärte sofort nach der letzten Rede Nixons, zwischen Nixon und Gerald Ford sei keine Abmachung über irgendeine Amnestierung oder Schutz des Expräsidenten vor dem amerikanischen Gerichtswesen getroffen worden. Das Oberste Gericht hat Nixon als „Teilhaber an der Verschwörung in der Watergate-Affäre" bezeichnet, damals aber hinzugefügt, Nixon könnte nicht vor Gericht gestellt werden. Als das Gericht in Washington diese Aeusserung machte, amtierte Nixon noch als Präsident. Jetzt hat sich der Status Nixons geändert.

Wahrscheinlich wird ihm auch die Einkommensteuer-Behörde nicht in Ruhe lassen. Er wird zwar eventuell zwei Millionen Dollar Honorar für eine Niederschrift seiner Memoiren erhalten. Als Expräsident werden ihm auch 120.000 Dollar im Jahr von der Regierung ausgezahlt. Jetzt sucht der Bürger Richard Nixon einen Rechtsanwalt, nachdem sein früherer Anwalt James St. Claire seine Verteidigung niedergelegt hat.

Die Kommentare in der Weltpresse sind geteilt. In Wien hiess es gestern in dem Leitartikel des „Kurier" unter anderem:

In der Geschichte wird Nixon als grosser Präsident gelten. Die Institution der Republik, die Konstitution hat über die Machtfülle dieses Mannes gesiegt. Sie werden diesen Sieg aber nur behalten, wenn nicht Rache den Expräsidenten verfolgen wird. Dagegen ging die ‚Kronenzeitung' mit Nixon und besonders mit seiner Abschiedsrede sehr hart zu Gericht: Man darf angesichts des „Nixonschen Abschiedsschmerzes" nicht vergessen, dass der Präsident die kriminellen Methoden seiner Mitarbeiter geduldet und dann durch ein einzigartiges Schwindelgebäude getarnt hat, dass sich dieser gelernte Rechtsanwalt in einer Weise der Justiz widersetzt hat, wie nie zuvor ein Präsident. Und dass Richard Nixon bis zum letzten Augenblick das amerikanische Volk genau so belogen hat, wie seine Freunde, seine Anwälte und die Führer seiner republikanischen Partei. Für Nixon kann es jedoch keine schwerere Strafe geben als diesen erzwungenen Rücktritt.

Hussein verstaerkt seine Luftwaffe

Jordanien wird eine starke Luftwaffe haben. Sie wird durch hundert Ueberschall-Kampfflieger verstärkt werden, unter ihnen auch F-5 Bomber, die König Hussein während seines jetzigen Aufenthaltes in den USA besichtigt hat.

Wie verlautet, hat der jord. Monarch auch ein modernes Passagierflugzeug für die nationale Flugfahrtsgesellschaft seines Landes erworben.

Der amtierende Ministerpräsident von Kuwait ,Scheich Saad el Abdalla, sagte, mit grossem Interesse werde seine Regierung die Haltung des neuen amerikanischen Präsidenten gegenüber der arabischen Welt verfolgen.

Er sprach die Hoffnung aus, Ford werde gleich seinem Vorgänger handeln, der kurz vor Ende seiner Karriere für die arabische Sache Verständnis an den Tag gelegt hatte.

Erstmals findet in Bälde ein Totalmobilisierungsmanöver statt

Jerusalem (HM) — Zum ersten Mal in der Geschichte Israels wird zu einem absichtlich nicht spezifizierten Zeitpunkt ein grosses Totalmobilisierungs-Manöver stattfinden. Verteidigungsminister Schimon Peres informierte darüber die Regierung, die diesen Beschluss zur Kenntnis nahm und billigte.

Das Manöver wird 24 Stunden andauern, alle Reserveeinheiten der Armee umfassen und sich auf das ganze Staatsgebiet erstrecken.

Der Zweck ist die Leistungsfähigkeit der Schnellmobilisierungs-Methoden zu testen, bei denen letztens verschiedene Neuerungen eingeführt worden sind.

Ueber den Zeitpunkt des Manövers soll der Generalstab entscheiden. Die Mobilisierungsaufrufe werden im Rundfunk und in der Presse veröffentlicht.

Eine Mitteilung über das bevorstehende Manöver wird den diplomatischen Vertretungen in Israel und dem UN-Hauptquartier Nahost zugehen.

Da es sich um eine Totalmobilisierung handelt, die lediglich organisatorische Zwecke verfolgt, beschloss die Regierung, den Plan des Manövers vorzeitig bekanntzugeben. Das Manöver ist die Initiative des Verteidigungsministers bezw. des Generalstabs und hat keinerlei politische Bedeutung.

Zu Beginn der Regierungssitzung gab Generalstabschef Gur eine Uebersicht über Sicherheitsbelange. Dieser Teil der Sitzung, der im Rahmen des Ministerialausschusses für Sicherheitsangelegenheiten stattfand, untersteht daher der gesetzlichen Geheimhaltungsklausel. Es ist jedoch anzunehmen, dass laufende Sicherheitsbelange zur Debatte standen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung berichtete Verteidigungsminister Peres über einen Vorschlag des landesweiten Studentenverbandes, den Studenten zu ermöglichen, sich freiwillig ein weiteres Jahr im Rahmen der Berufsarmee in den Dienst Zahals zu stellen. Die Vertreter der Studentenschaft ersuchten den Verteidigungsminister, jedem Freiwilligen, dem laut Gesetz aus dem Jahre 1973 Sonderrechte eines demobilisierten Soldaten zustanden (u.a. kostenloses Hochschulstudium) und der von diesem Recht noch nicht Gebrauch gemacht hat, die Sonderrechte bis zu zwei Jahren von ihrer Demobilisierung von der Berufsarmee zu verlängern. Ebenso soll den Freiwilligen bei der Einordnung in Arbeitsplätze der Regierung oder öffentliche Institutionen Vorrang gewährt werden. Die Regierung nahm den Vorschlag der Studentenschaft mit Anerkennung zur Kenntnis und ermächtigte die Minister für Verteidigung, Justiz, Erziehung und Arbeit, eine konkrete Regelung auszuarbeiten, um der Bitte des Studentenverbandes Folge zu leisten.

Kabinett erörtert die Lage nach dem Präsidentenwechsel in den USA

Ministerpräsident Rabin und Aussenminister Allon berichteten dem Kabinett über die respektiven Botschaften, d. sie von Präsident Gerald Ford und Staatssekretär Henry Kissinger im Laufe der vergangenen Tage erhalten hatten.

Unser Jerusalemer HM-Korrespondent meldet, Rabin und Allon wiesen darauf hin, dass Präsident Ford die Verpflichtungen des vorigen Nixon-Regimes gegenüber Israel erneut bekräftigt hatten.

Obzwar Rabin seine bevorstehende Reise nach Washington ganz kurz erwähnte, kam darüber kein spezifischer Zeitpunkt zur Sprache.

Anschliessend gab Aussenminister Allon ein ausführliches Referat über seinen letzten Washington-Besuch, in dessen Verlauf er auch mit Gerald Ford, damals noch Vizepräsident, zusammengetroffen war. Allon hatte ausserdem mit Kissinger und anderen Vertretern der Washingtoner Verwaltung, mit führenden Mitgliedern des Kongresses und Vertretern der jüdischen Organisationen in den USA Fühlung genommen.

In den Gesprächen mit offiziellen Persönlichkeiten kamen bilaterale Themen zur Sprache. Fragen der Finanzierung, der Wirtschaftshilfe, der Status der Juden in der Sowjetunion und in Syrien wurden ebenfalls angeschnitten. Der Aussenminister bat auch um amerikanische Intervention bei d. ägyptischen Regierung, um die Bergung der noch nicht zu Grabe getragenen vermissten Sinai-Soldaten im Gebiet des Suezkanals zu ermöglichen.

Eines der zentralen Themen bezog sich auf die nächste Verhandlungsphase mit den arabischen Staaten. Allon und Kissinger sondierten die verschiedenen Optionen, ohne jedoch eine Prioritätsskala, einen Zeitplan und konkrete diplomatische Schritte festzulegen. Erst nach Abschluss der Verhandlungsrunde Kissingers mit Vertretern der arabischen Regierungen, die sich im Laufe dieses Monats zu Besuchen in Washington einfinden, und erst nach weiterer Fühlungnahme mit Israel und den arabischen Staaten sollen die kommenden diplomatischen Schritte beschlossen werden.

Hinsichtlich der Genfer-Konferenz steht lediglich fest, dass sie noch im Laufe dieses Jahres wiederaufgenommen werden soll.

Im Rahmen von Referaten Allons vor den Auswärtigen Ausschüssen des US-Senats und des Repräsentantenhauses betonte Allon, wie lebenswichtig verteidigungsfähige Grenzen und die Beibehaltung des Waffengleichgewichtes in Nahost für Israel seien, zumal die Sowjetunion die arabischen Staaten auf grosszügigste Weise aufrüstet.

Während des Gesprächs zwischen Allon und Kissinger berichtete letzterer über seine Bemühungen zugunsten der Juden in der Sowjetunion.

Ueber dieses Thema hatte sich Dr. Kissinger auch mit Senator Jackson und anderen Senatoren, sowie mit Führern des amerikanischen Judentums unterhalten. Dr. Kissinger versprach, auch seine Bemühungen zugunsten der Juden in Syrien auf humanitärer Basis fortzusetzen. Zum Abschluss der Regierungssitzung wurden organisatorische Aspekte, die mit der Arbeit der Ministerialausschüsse zusammenhängen, erörtert. Das Kabinett beschloss zuletzt noch die Mitgliedschaft Israels in einer internationalen Konvention aus dem Jahre 1971 zur Regelung der Weizenpreise um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Guinea-Bissau wird heute unabhaengig

Portugal wird heute die Unabhängigkeit seiner bisherigen Ueberseeprovinz Guinea-Bissau offiziell verkünden. Dies wurde gestern nach Gesprächen des portugiesischen Aussenministers Soares in Algier mit Vertretern der Untergrundbewegungen der Provinz bekannt gegeben.

NEUE VERKEHRSREGELUNG IN JERUSALEM

In Jerusalem wird heute die neue Verkehrsverordnung eingeführt, über die wir vor einigen Tagen berichtet haben. Grössere Flüssigkeit des Verkehrs soll in den beiden Hauptstrassen Jaffa- und King Georg Strasse, sowie in der Histadrut-, Schamai- und Hillelstrasse gewährleistet werden. „Grüne Wellen" wurden in der Jaffa Strasse vom Bar Kocba-Platz bis zur Ecke King George und von dort bis zur Jewish Agency geschaffen.

Dies erklärte Vizebürgermeister Zwi Rosen.

DAS WETTER

Voraussage: Wellenhöhe bis 120 Zentimeter.

Temperaturen — Jerusalem 18—28; Tel Aviv 21—30; Haifa 22—30; Lod 20—31; Tiberias 23—35; Galil 17—28; Hule 19—33; Emek Jesreel 19—32; Totes Meer 23—36; Beer Schewa 20—32; Ejlat 25—38 Grad.

KAIRO BERUFT MILITAERBERATER AUS LIBYEN AB

Obwohl vorgestern gemeldet wurde, dass Aegypten und Syrien „im Interesse der gemeinsamen arabischen Sache gegen Israel" d. Propagandakampf einstellt, meldeten libanesische Zeitungen, Aegypten habe alle Militärberater aus Libyen abberufen und es Aegyptern untersagt, in libyschen Diensten tätig zu sein.

Schlechte Beziehungen UdSSR-Irak wegen Kampf gegen die Kurden

Das Blatt „A Nahar" meldet aus gut informierten Kreisen in Beirut, dass sich die sowjetisch-irakischen Beziehungen verschlechtert haben. Der Berichterstatter der Zeitung in Bagdad stellt fest, im Gegensatz zu den offiziellen Freundschaftserklärungen beider Länder sei wegen des Widerstandes Moskaus gegen den Kampf Bagdads gegen die Kurden wachsende Spannung zu beobachten. Moskau soll auch über die Amtsenthebung kommunistischer Führer aus wichtigen Körperschaften in Bagdad verärgert sein, obwohl einige Kommunisten der irakischen Regierung angehören. Allerdings werden die wichtigsten Entscheidungen im irakischen Revolutionsrat getroffen, dem ausschliesslich Baath-Mitglieder angehören.

תל־אביב־יפו
TEL-AVIV—JAFO
P. P. — שולם
139

aus Israels PRESSE

DER NEUE PRÄSIDENT

Haarez ist davon überzeugt, dass mit der Übergabe des Präsidentenamtes an Gerald Ford keine Änderungen in der amerikanischen Politik gegenüber Israel eintreten werden. Auf der einen Seite kann sich der neue Präsident darauf stützen, dass die Wirtschafts- und Militärhilfe, die Präsident Nixon zugesagt hatte, vom Senat mit grosser Mehrheit bestätigt wurde — und auf der anderen Seite braucht Präsident Ford die Stimmen der jüdischen Wähler in den USA schon in zwei Jahren, wenn es um die Frage seines Verbleibens im Präsidentenamt geht. Jene politische Kontinuität, die zur Zeit der Präsidentenkrise in Zweifel stand, scheint gesichert zu sein.

Dawar gelangt zu der Überzeugung, dass die Programme des neuen amerikanischen Präsidenten weit mehr Aussichten auf Erfolg haben werden als jene des Präsidenten Nixon, weil Gerald Ford mit der vollen Unterstützung durch den Senat rechnen kann. Damit fällt die grosse Belastung, unter der die amerikanische Nahost-Politik zur Zeit der Präsidentenkrise litt, fort und es ist zu erwarten, dass sich hieraus eine grössere Objektivität und Aufgeschlossenheit der amerikanischen Politik gegenüber Israel ergibt.

Al Hamischmar nimmt die Zusicherungen der Sympathien gegenüber Israel durch d. neuen amerikanischen Präsidenten mit Freude zur Kenntnis. Eine solche Zusicherung habe zudem höheren Wert, weil Gerald Ford im Unterschied zu Richard Nixon die Grundlinien seiner Politik völlig frei und ungebunden festlegen kann. Ford ist nicht mehr wie Nixon von einer innenpolitischen Krise belastet.

Omer kommt zu einer ähnlichen Schlussfolgerung. Nixon hatte zur Ablenkung der amerikanischen Öffentlichkeit von der peinlichen Watergate-Affäre aussenpolitische Erfolge um jeden Preis benötigt. Viele seiner Initiativen, vor allem jene in Vietnam, erwiesen sich aus diesem Grunde als ein Scheinerfolg, der keine zufriedenstellende Lösung brachte. Von Gerald Ford, der mit echten Erfolgen aufzuwarten gedenkt, ist eine gründlichere Arbeit zu erwarten.

Hazofe erwartet, dass nunmehr neue Persönlichkeiten mit neuen Idealen und Initiativen die amerikanische Politik bestimmen werden. Selbst Prof. Kissinger, der in seinem Amt als Aussenminister verbleibt, könnte zu anderen Ansichten als jenen, die er bisher vertrat, gelangen. Dennoch muss sich aus all diesen Änderungen kein Nachteil für Israel ergeben. Auch Gerald Ford gilt als ein Freund Israels; er kann unabhängiger, vielleicht sogar objektiver wirken.

Schearim sieht die Notwendigkeit, das Vertrauensverhältnis zwischen Israel und den USA neu aufzubauen. Jene Freundschaftsbande, auf die sich Israel lange Jahre verlassen konnte, hatten in den letzten Monaten der Präsidentschaft Nixons stark nachgelassen und zu einer bedrohlichen Annäherung zwischen den USA und den arabischen Staaten geführt. Jetzt, nach der Überwindung der amerikanischen innenpolitischen Krise, ist die Zeit für einen Neuanfang gekommen.

KRISENHERD ZYPERN

Jerusalem Post nimmt die noch immer anhaltenden und sich stets schwieriger gestaltenden Verhandlungen um eine Lösung der Zypern-Krise zum Anlass der Forderung, dass stabile Konfliktlösungen im Nahen Osten gefunden werden müssen. Mit Kompromissvorschlägen, die nur zu einer zeitweiligen Beruhigung führen können, ist weder Zypern noch Israel geholfen. Seit Jahrzehnten schwellende Konflikte in diesen beiden Nahost-Staaten können nur mit einer ständigen Friedenslösung zum Abschluss kommen.

SOZIALDIENST DER RELIGIÖSEN MÄDCHEN

Hamodia unterwirft den Gesundheitsminister einer heftigen Kritik. Dieser hatte vorgeschlagen, dass jene Mädchen, die aus religiösen Gründen keinen Militärdienst leisten wollen, in Krankenhäusern eingesetzt werden sollen. Offenbar will der Minister erreichen, dass sich d. ganze Wut der Kranken über die Mängel der israelischen Krankenpflege nun an den religiösen Mädchen auslässt. Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen — der Gesundheitsminister ist für diese Mängel verantwortlich und er muss von sich aus Mittel und Wege zur Abstellung finden.



„Die drei Musketiere": Frank Pinelli

DIE UNIVERSITAET TEL-AVIV
DIE MEDIZINISCHE FAKULTAET
ehren das Andenken von Frau

ELISABETH PINTUS ז"ל

die am 4. Aug. 1974 (ט"ז באב תשל"ד) verstarb und ihren Leichnam der medizinischen Wissenschaft vermachte.

Meine geliebte, teure Gattin, Frau

LILA ROEGER

ist am 7.8.1974 plötzlich verschieden.

Wer sie kannte, kann verstehen, was ich an ihr verloren habe.

Die Beerdigung findet heute, Montag, 12.8.1974, um 3.00 Uhr nachm. auf dem Friedhof in CHOLON statt. — Treffpunkt beim neuen Tor.

Bitte von Beileidsbesuchen abzusehen.

ERICH ROEGER

«Egged» erstrebt volles Verkehrs-Monopo[l]

Heute nochmals Abstimmung ueber die Frage der Fusion mit „Dan"

Heute werden sich die 6000 Mitglieder der Autobus-Kooperative „Egged" zum zweiten Mal zur Frage äussern: „Sind Sie für oder gegen eine Behandlung der Vereinigung von Egged und Dan?"

Im Unterschied zur ersten Mitgliederbefragung am 27. Februar dieses Jahres wurde jetzt das Wort „Behandlung" („Tipul") in die Fragestellung aufgenommen. Dieser kleine Zusatz ändert die Problemstellung in nicht ganz geringfügiger Weise und verbessert vielleicht die Aussichten auf einen positiven Ausgang, der bei der ersten Abstimmung entgegen vielen Erwartungen und mit nur geringer Stimmenmehrheit ausblieb. „Egged" ist davon überzeugt, dass im Falle der grundsätzlichen Zustimmung noch Verhandlungen geführt werden müssen. Vom Ergebnis dieser Verhandlungen mit der Regierung und mit der „Dan"-Kooperative wird es abhängen, ob es wirklich zu einer Fusion kommen kann und wird.

FORDERUNGEN AN DIE REGIERUNG

Die Initiative zur Vereinigung von „Egged" und „Dan" ist von der Regierung ausgegangen; Schimon Peres hatte sie während seiner Amtstätigkeit als Verkehrsminister zum ersten Male vorgeschlagen und sein damaliger Stellvertreter und jetziger Amtsnachfolger Gad Jaacobi hat diese Initiative aufgegriffen und vielleicht noch nachhaltiger vertreten.

Eine der Gegenleistungen, die das Verkehrsministerium anzubieten bereit war, betraf die Verabschiedung des „Verkehrsgesetzes", das „Egged" **ein ausschliessliches Monopol** im gesamten öffentlichen Verkehrswesen des Landes einbringen kann. Nicht alle Argumente, mit denen „Egged" diesen Appetit rechtfertigt, sind von der Hand zu weisen. Die Konkurrenz zusätzlicher Autobus-Unternehmen muss sich auf die Rentabilität der Kooperative und schliesslich zum Nachteil der Öffentlichkeit auswirken, die aus ihrer Tasche dafür zahlen muss, dass der Autobus-Fahrschein teurer wird. Mit einer defizitären Autobus-Kooperative ist der Öffentlichkeit nicht gedient — das ist klar. Ob allerdings eine monopolistische Autobus-Kooperative immer den Wünschen des „kleinen Staatsbürgers" entsprechen wird, ist noch nicht so sicher entschieden, wie es „Egged" jetzt verspricht.

„DAN" WARTET NOCH AB

Die „Dan"-Kooperative ist grundsätzlich mit der Fusion einverstanden, möchte aber zunächst die Abstimmung und dann die Verhandlungen abwarten, bevor sie ihre endgültige Zustimmung gibt. Über eine Tatsache gibt es keine Illusionen — der **„grosse Bruder" im Verkehrswesen will den „kleinen Bruder" verschlingen.**

Es ist hier nicht von der ersten Fusion im Kooperativ-Wesen die Rede. „Egged" wurde im Jahre 1933 gegründet; der Name stammt von Chaim Nachman Bialik (er erhielt hierfür ein Schriftsteller-Honorar von 15 Mil!) und will bereits das grosse Ziel einer allumfassenden Vereinigung andeuten, doch dauerte es noch lange Jahre, ehe aus dieser kleinen Kooperative die „Egged" von heute wurde. Im Jahre 1951 vereinigten sich „Schachar", „Egged" und „Drom-Jehuda"; seitdem gibt es in Haifa, im Westgalil und im Landessüden nur noch die „Egged". Vor etwa fünf Jahren übernahm „Egged" auch die „Hamekascher"-Kooperative von Jerusalem und führt seitdem die Autobusse der Hauptstadt unter ihrem Namen. Jetzt geht es offenbar darum, dass auch im **Grossraum Tel-Aviv** nur noch **„Egged"-Autobusse** verkehren.

MONOPOL IM GANZEN VERKEHRSWESEN

„Egged" geht sogar noch einen Schritt weiter — nicht nur alle Autobusse, sondern überhaupt alle **Massenbeförderungsmittel** müssen unter ihr Monopol fallen. Einstweilen ist nur klar, dass eines Tages ein solches modernes Verkehrsmittel im Raum Tel-Aviv in Betrieb gestellt wird, sei es nun eine Untergrundbahn oder eine Einschienenbahn („Monorail") oder sonst irgendein schienengebundenes Verkehrsmittel. Auch dessen Betrieb beansprucht „Egged". Ohne eine entsprechende Zusicherung kann es zu keiner Fusion kommen — lautet die ganz unmissverständliche Stellungnahme.

Einstweilen geht es noch um eine Abstimmung der Fahrpläne im Stadtverkehr, im Vorortverkehr und im Fernverkehr. Die „Dan"-Autobusse in Tel-Aviv verkehren nun wieder zum grossen Teil bis Mitternacht, die „Egged"-Autobusse von Jerusalem und Haifa fast ausschliesslich nur bis in die späten Abendstunden. Die Vorortlinien, die von Rischon Lezion, von Kfar Saba, von Herzlia oder von Natania nach Tel-Aviv führen, müssen den Verkehr schon in den frühen Morgenstunden, um 5.30 Uhr spätestens, aufnehmen, damit alle, die in Tel-Aviv tätig sind, rechtzeitig zur Arbe[it kom]men können. Die St[adt]busse sind zwischen 7.[..] und 8.00 Uhr und dar[..] der von 18.45 Uhr bis [..] Uhr weitaus stärker bean[sprucht] als zu den übrigen Tagess[tunden]. Fernautobusse werden je[..] ihrer grossen Mehrzahl e[..] 8.30 Uhr morgens an [..] ausgenommen jene Lini[en, die] Arbeitnehmer sogar von [..]schen Dörfern im Landes[..] schon am frühen Morgen [in die] grossen Städte bringen m[..]

Dieses Problem könn[te haupt]sächlich eine Fusion der [Koope]rativen am besten lösen. [..] stehen „Egged" 3.600 Au[tobusse] und „Dan" 1.000 Autobu[sse zur] Verfügung. Eine vereinig[te Ko]operative könnte 5.000 Au[tobusse] entsprechend den Stosszeit[en auf] verschiedenen Linien einse[tzen].

DAS PROBLEM DES DEFIZITS

Im Jahre 1974 stel[..] „Egged"-Kooperative ein [..] von 710 Millionen IL u[nd der] „Dan"-Kooperative ein [..] von etwa 200 Millionen I[L zur] Verfügung. Die vereinigte [Koope]rative fordert ein Jahres[..] **von einer Milliarde IL.**

Aber zuvor muss noch [über] das Defizit gesprochen w[erden]. „Egged" gibt der Regierun[g und] deren Tarif- und Subsidien[politik] die Schuld daran, dass es z[u Ver]lusten gekommen ist; [..] müsse auch die Regierun[g für] die Deckung des Defizit[s und] zudem für alle Zahlun[gsver]pflichtungen, die sich heu[te auf] etwa 200 Millionen IL bel[aufen,] aufkommen. Dass es in Z[ukunft] zu einer grösseren Renta[bilität] kommen wird, steht für „E[gged"] fest. Nicht nur die Chauf[feure,] sondern auch all die an[deren] Arbeitskräfte in den Werks[tätten] und Büros könnten viel ren[tabler] eingesetzt werden. „Egged" [ver]fügt über Einrichtungen, di[e heu]te noch nicht voll ausg[enutzt] sind.

All diese Fragen erfo[rdern] wirklich eine „Behandlung" [..] diese in ihren konkreten [For]men aussieht, wird sich erw[eisen,] wenn die grundsätzliche Zu[stim]mung erlangt ist. Aber viele [Vor]teile einer vereinigten, auch monopolistischen Aut[obus-] Kooperative, stehen nicht [außer] Zweifel.

DER FILM-TIP FÜR SIE

- **„Der grosse Diktator"** (Limor, Tel Aviv; Arnon, Jerusalem): Charlie Chaplins erster Tonfilm, die unvergessliche Parodie auf die Diktatoren Hitler und Mussolini aus dem Jahre 1940. Chaplins grossartige Leistung in der Doppelrolle als kleiner jüdischer Friseur aus dem Ghetto und irrsinnig tobender Diktator Hinkel (Hitler) ist immer noch sehenswert.
- **„Schreie und Flüstern"** („Cries and Whispers") (Paris, Tel Aviv): Makabres Meisterwerk des schwedischen Regisseurs Ingmar Bergman über die Tragödie von drei Schwestern, von denen eine an einer unheilbaren Krankheit stirbt. Grosses künstlerisches Erlebnis.
- **„The Sting"** (Der Stachel), (Allenby, Tel Aviv; Eden, Jerusalem; Armon Haifa): Siebenfacher Oscar-Preisträger ist dieser amüsante Film, der u.a. als Streifen mit der besten Regie (George Roy Hill) ausgezeichnet wurde. Komischer Thriller: der grosse Gangster geht in die Falle, die ihm zwei charmante Gauner stellen. Mit Paul Newman, Robert Redford.
- **„Die drei Musketiere"** (Orion, Jerusalem): Amüsante und schön anzusehende Filmversion des berühmten Romans von Alexander Dumas (Vater) in der Regie von Richard Lester, mit Michael York, Oliver Read, Richard Chamberlain, Frank Pinelli.
- **„Love Story"** (Ordan, Tel-Aviv; Ordan, Haifa): Verfilmung des berühmten Romans von G. Segal, internationaler Kassenschlager im Zeichen der Wiederkehr der Romantik. Die Liebesgeschichte eines reichen jungen Mannes und eines armen jungen Mädchens, das nach kurzem Eheglück an einer unheilbaren Krankheit stirbt. Mit Ali Mac Grain und Ryan O'Neal. Taschentücher mitnehmen!
- **„Serpico"** (Lili, Ramat-Gan; Rina, Cholon): Dramatische Filmversion einer wahren Geschichte vom braven Polizisten Frank Serpico, einem jungen Idealisten, der 1971 die Korruption in der Polizei von New York aufdeckte.
- **„Aristocats"** (Drive-In, Tel-Aviv): Walt Disneys witzige Trickfilmgeschichte über die seltsamen Abenteuer einer vornehmen Hauskatze und ihrer Kinder in einem Märchenschloss in Paris. Mit lustiger Katzenmusik im Jazz-Stil. Für Kinder und Erwachsene.
- **„Die amerikanische Nacht"** (Rothschildhaus, Haifa). Ein Film über das Filmemachen von Francois Truffaut.
- **„Modern Times"** („Moderne Zeiten") (Oranim, Bat Jam): Charlie Chaplins geniale Komödie aus dem Jahre 1935 — klassischer Stummfilm, immer noch herzbewegend komisch.
- **„Some like it hot"** („Manche mögen's heiss") (Cinema 1, Tel Aviv): Einer der besten Filme Billy Wilders mit Marilyn Monroe, die hier eine Ukulele-Spielerin in einer Damenkapelle darstellt, sowie mit Jack Lemmon und Tony Curtis, die sich als Frauen verkleidet in die Kapelle einschleichen. Zwei Stunden Lachen.
- **„Papermoon"** (Chen, Tel-Aviv): Film aus den Dreissigerjahren, zeigt die Abenteuer eines ungleichen Gaunerpaars, ein Mann und ein kleines Mädchen, die amerikanische Kleinstädte während der Wirtschaftskrise unsicher machen. In Schwarzweiss, geschickt rekonstruiertes Zeitmilieu, absichtliche Nachahmung der Filmtechnik jener Zeit. Mit Ryan O'Neal („Love Story") und seiner Tochter Tatum, die dafür den „Oscar" für 1974 erhielt. — Regie Peter Bogdanowitz.
- **„Kid and Cassidy"** (Tel Aviv, Tel-Aviv): Gehobener Wildwestfilm, über dessen Entstehung das Israelfernsehen kürzlich eine Dokumentation ausstrahlte. Mit Paul Newman und Robert Redford. Regie George Roy Hill.
- **„Becket"** (Hod, Naharia): Jean Anouilhs Drama über die Beziehungen zwischen König Henry II. und seinem Berater Thomas Becket, in der Filmversion von Peter Glenville, mit Peter O'Toole und Richard Burton (Becket).
- **„Papillon"** (Esther, Tel-Aviv): Verfilmung des Bestsellers Henri Charriere über seine Flucht von der Teufelsinsel. Aufwendige Aufbereitung der Erinnerungen des inzwischen verstorbenen Autors, mit Steve McQueen, Dastin Hoffmann.
- **„What?"** (Dekel, Tel Aviv): Neue Komödie des bekannten Regisseurs Roman Polansky, mit Marcello Mastroianni, Joe Griffit, Sidney Rom.
- **„Chained to yesterday"** („An gestern gefesselt") (Mograbi, Aviv): Mark Robeson („Payton Place") verfilmte diese Geschichte einiger Frauen, die zwischen Realität und Hoffnung leben.
- **„The Story of Jacob and Joseph"** (Die Geschichte von Jakob und Josef") (Hod, Tel-Aviv; Orgil, Jerusalem; Ora, Haifa): Dieser biblische „Monumentalstreifen" des Regisseurs Michael Kakoanis („Zorba") wurde zur Gänze in Israel gedreht. Mit Keath Mitchell (den wir aus der BBC-Version von „Henry VIII" im Fernsehen kennen), und zahlreichen israelischen Schauspielern wie Josef Schilouch, Jehuda Efroni, Ilan Dar, Schmuel Azmon, Eli Cohen, Jossi Garber, Amnon Meskin u.a. Auch Herschl Bernardi („Arnie").
- **„Avanti"** (Gat, Tel-Aviv): Billy Wilders Komödie mit Jack Lemmon, Julliet Miles (aus „Das Kinderfräulein und der Professor" im TV). Ein amerikanischer Geschäftsmann soll in Italien die Leiche seines Vaters abholen und entdeckt, dass dieser eine Freundin hatte.
- **„Licht aus der Verlassenheit"** („Or min ha-Hefker") (Paris, Tel Aviv; Chen, Haifa; Gilat, Beer Schewa; Bidur, K. Malachi): Ein neuer israelischer „Protest-Film" über die Lage rückständiger Bevölkerungsschichten und die sozialen Differenzen. Regie Nissim Dayan.
- **„Le grand Bazar"** (Maxim, Tel-Aviv; Amfi, Haifa): Mit Charlot. Slapstick-Parodie. a.s.

kleine ANZEIGEN

- Zu übergeben eingeführtes Geschäft für elektrische Haushaltsgeräte in der Hauptstrasse von Tel Aviv. Der Laden gegen Monatsmiete, Waren im Werte von IL 100.000—120.000, Tel. 287403.





IE PANOVS IN LONDON

Von unserem England-Korrespondenten EDWIN ROTH

der Residenz des israeli-
Botschafters Gideon Rafa-
n Londoner Bezirk St.
: Wood umarmten und
n sich der weltberühmte
be ehemalige Solotänzer
eningrader Kirov-Balletts
Panov, und der welt-
nte britische Schauspieler
ice Olivier, der vor eini-
hren als Lord Olivier Mit-
les Oberhauses wurde. Bei-
änner hatten Tränen in
ugen.

n umarmten und küssten
ord Laurence Olivier und
bildhübsche blonde Gat-
alina, ehemalige Solotän-
im Kirov-Ballett. Es war
ite Zusammentreffens des
ni in Israel lebenden Ehe-
Panov mit Lord Laurence
; dem führenden briti-
Teilnehmer der Kampag-
rch die das Ehepaar Pa-
s der Sowjetunion befreit
war.

ge Tage bevor das Mos-
Bolschoi-Ballett im Junii
hswöchiges Gastspiel in
i begann, sandte der La-
emierminister Harold
als Höhepunkt dieser
gne eine öffentliche Bot-
an den sowjetischen Pre-
nister Alexei Kossygin, in
lson erklärte, die Befrei-
Panovs (Wilson benütz-
Wort Befreiung) würde
idoner Gastspiel des Bol-
alletts für viele Englän-
eptabler machen, darun-
ter auch für Wilson, „denn ich selbst würde das Bolschoi-Ballett gerne sehen."

Unmittelbar nachdem Wilson diese öffentliche Botschaft an Kossygin gesandt hatte, wurden die Panovs befreit. Sie flogen Mitte Juni nach Israel.

Jetzt kamen die beiden Panovs als offizielle Gäste der israelischen Botschaft nach London, um hier persönlich Premierminister Wilson und allen anderen Engländern die sich um ihre Befreiung bemüht hatten zu danken.

In den Räumen seiner Residenz und in der Sonne seines von duftenden Rosenstöcken umsäumten Gartens gab Botschafter Gideon Rafael, einen grossen offiziellen Empfang für die Künstler. die Politiker aller Parteien, die Journalisten, und weniger bekannte Teilnehmer der erfolgreich beendeten Kampagne zur Befreiung der beiden Panovs.

Unter den Künstlern auf diesem Empfang waren Sir John Gielgud, die künstlerischen Direktoren der Covent-Garden Oper und der britischen Ballette, und die führenden Solisten Marcia Haydee und Richard Gragun des Stuttgarter Balletts das soeben ein Londoner Gastspiel beendet hatte. Premierminister Wilson akzeptierte d. Einladung zu diesem Empfang, telefonierte aber kurz vorher dem Botschafter, dass er wegen einer wichtigen Kabinettsitzung nicht kommen könnte, und die Panovs in die Downing Street 10 einladen würde.

Vor den Kameras und Mikrophonen des britischen Fernsehens und Rundfunks, und vor vielen Pressefotografen, sassen die beiden Panovs neben Botschafter Rafael und Lord Laurence Olivier auf einem kleinen Podium im Garten.

„Wir feiern hier das glückliche Ende des Panov-Passionsspiels — den Auszug der Panovs aus der Sklaverei in die Freiheit" sagte Rafael in die Fernseh- und Rundfunkmikrophone. „Premierminister Wilson hat die führende Rolle gespielt, und hatte mit seinem Appell an die Sowjetregierung Erfolg. Der Zeitpunkt seines Appells war ebenso meisterhaft wie entscheidend.

„Wir feiern das Ende des Kampfes der Panovs gegen die seelenlose Bürokratie die sie verurteilt hatte, unter den ihrer Stimmen beraubten Massen des sowjetischen Judentums in die Vergessenheit zu versinken."

Botschafter Rafael wandte sich zu den Panovs, und sagte: „Jetzt, da Sie aus der Dunkelheit in das blendende Licht der wohlhabenden Gesellschaft gelangt sind, hoffen wir, dass Sie denen die Treue halten werden, die in der Dunkelheit zurückbleiben mussten, und die sich danach sehnen, Ihnen nach Israel zu folgen. Wir alle hoffen, dass Sie sehr bald in Freiheit tanzen werden- und dies wird ganz besonders passend sein, denn laut unserem 113. Psalm als Israel aus der ägyptischen Sklaverei in die Freiheit zog, da sprangen die Berge wie Widder, und die hüpften wie Lämmer ...".

Lord Laurence Olivier sagte: „Wie schön die Panovs sind: Ich sehe sie jetzt zum ersten Mal, und aus ihren Filmen und Bildern kann man nicht sehen, wie schön sie sind!"

Valery Panov sagte tief bewegt durch eine Dolmetscherin: „Wie kann man Menschen danken, denen man das Leben schuldet? Alles was ich sagen kann ist — Galina und ich danken Ihnen für unser Leben! Ihr Kampf für uns war eine Ermutigung für alle die Freiheit ersehnenden Menschen die wir zurücklassen mussten. Bitte tun Sie alles was Sie können für meinen Freund den jüdischen Physiker Viktor Polski der im Gefängnis ist, nur weil er nach Israel auswandern wollte. Bitte lassen Sie Viktor Polski nicht umkommen!"

AGDALA AM SEE GENEZARET

Heimatstadt Maria Mag-
das römische Magdala,
zwei katholische Geistli-
kurzem am Westufer
Genezaret entdeckt ha-
sgehend von den Resten
zantinischen Turms wur-
römische Säule, zwei
varzem Basalt gepflaster-
en und eine kleine Syna-
gelegt. Magdala wurde
m jüdischen Historiker
Josephus und dem Tal-
ter dem Namen Megdal
zitiert, wobei es sich um
Migda-el des Propheten
andelt.

Wer war am Jom Kippur-Krieg und den Zypern-Kaempfen schuldig?

Schwedens Ministerpraesident Palme klagt die Supermaechte an

Von AWIGDOR YESHA

Kürzlich traf aus Oslo ein Brief beim Verfasser ein. Einige Tage später folgte ein zweites Schreiben. Diesmal aus Kopenhagen. Beide Briefe betrafen dasselbe Thema: Die Kritik des schwedischen Ministerpräsidenten Palme, die dieser Anfang dieses Monats in dem nordschwedischen Städtchen Piten an der Detente der Supermächte geübt hatte.

Palme hatte die Oeffentlichkeit seines Landes und der anderen beiden skandinavischen Länder Norwegen und Dänemark ausserordentlich verwirrt. Er spielte bei der Kritik der Detente ausgerechnet auf die beiden letzten Konflikte im Nahen Osten und auf Zypern an. Er zog eine kritische Bilanz d. Entspannungspolitik zwischen den Supermächten, die — wie er sagte — paradoxerweise gerade aus ihrem ständig wachsenden Waffenpotential und dem dadurch bedingten labilen „Gleichgewicht des Schreckens" die Notwendigkeit des Eingreifens in regionale Konflikte herleiten.

Palme verwies — wie gesagt — auf den Jom-Kippur-Krieg und auf den bewaffneten Konflikt zwischen den beiden Bevölkerungsteilen auf Zypern. Er sagte, diese Konflikte entstünden immer wieder aus dem Gefühl der Verzweiflung unter den betroffenen Völkern, unter den Vorzeichen des zweiseitigen Einvernehmens der Supermächte, die am Bewahren des Status quo interessiert sind, nicht zu ihrem Recht zu kommen. Die dann jeweils eingeleiteten Feuerwehraktionen zur Eindämmung des Brands seien positive Effekte dieser Politik. Auf der negativen Seite sei jedoch die Bedrohung der Selbständigkeit vor allem der Kleinstaaten zu verbuchen, die Gefahr, dass die Hegemonie der Giganten auch die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung dieser und anderer Länder hemmen könnte.

Palme sprach sich für Aenderungen dieser Politik und Strategie der Supermächte aus. Er forderte die Demokratisierung der Weltgemeinschaft, die Beschneidung der Machtmonopole der reichen Staaten zum Vorteil armer Entwicklungsländer, Unterstützung der Befreiungsbewegungen, sowie Propaganda gegen Diktatur und Unterdrückung der Menschenrechte.

Unter anderem verwies Palme darauf hin, dass sein Land dieses Jahr das 160. Jubiläum des Friedens feiere. Er fügte noch hinzu: Diese Friedensperiode ist auf glückliche Zufälle zurückzuführen und nur in geringem Masse das Resultat kluger Politik. Soweit die Schilderung der Ansprache Palmes, die auch in der Neuen Zürcher Zeitung ausführlich geschildert war und deren Zitate von den beiden Briefschreibern entnommen wurde.

Sonderbarerweise haben aber beide Briefschreiber, ohne sich einander zu kennen, dieselben Argumente gegen Palme's Ansichten gebraucht. Sie erklärten beide mit einem Rückblick auf weiter zurückliegende historische Ereignisse, die Schweden seien in der Geschichte ihrer Länder die grausamsten Unterdrücker ihrer Völker gewesen. Palme habe sich immer „zu spät" zu einer realistischen Ausgewogenheit seines Tour d'horizon entschlossen. Im Vietnam-Krieg habe er mit den Sowjets in ideologischer Hinsicht paktiert und sei die heftigsten Attacken gegen Washington geritten. Kam es aber vor, dass ein sowjetisches U-Boot auf Spionage unweit der schwedischen Küste ertappt wurde, vergass er sehr schnell seine Freundschaft für Moskau. Gegenwärtig übt Palme wieder an den Supermächten des Westens Kritik, verschont aber die Sowjetunion, für die er nur selten ein Wort der Kritik findet.

Besonders heftig kritisierten die beiden Absender der Briefe die Bemerkung Palmes über den Zusammenhang zwischen Detente und dem Jom Kippur-Krieg. Sie sagten, ihnen sei es aus Zeitungslektüre und aus den Erzählungen guter Freunde bekannt, dass der Jom Kippur-Krig keineswegs auf Intrigen der Supermächte oder auf die Verzweiflung der Palästinenser zurückzuführen war. Sie haben aus verschiedenen Quellen erfahren, dass Israel sehr gerne mit den arabischen Ländern Frieden schliessen und auch an der Lösung der Palästinenserfrage mithelfen würde. Allerdings teilen sie die Meinung der Israelis, dass diese Regelung nicht auf Kosten der Juden gehen dürfe.

Schwedens Ziele in der Aussenpolitik fasste Palme in einigen kurzen Sätzen zusammen. Er sagte. Stockholm wolle künftig vor allem durch ein ausgeprägtes Engagement in den verschiedenen internationalen Organisationen dazu beitragen, die eigene Unabhängigkeit zu wahren und für das Recht von Kleinstaaten und Entwicklungsländer bessere Voraussetzungen schaffen.

Auch diese „Ziele" griffen die beiden Leute aus Norwegen und Dänemark an. Sie gebrauchten Ausdrücke wie „scheinheilig", „romantisch-sozialistisch" und „Illusionen". Sie sagten, Schweden sei ein so ausgeprägtes Wohlstandsland, dass es sich durch ideologische Phrasologie Luft machen wolle. **Obwohl die Schweden traditionell an Flüchtlinge Hilfe leisten und menschenfreundlich sind, habe sich — so die Briefschreiber — seit den letzten zwanzig Jahren deren Mentalität geändert.** Vor allem sind sie eingebildet geworden und gleichen in dieser Hinsicht einem anderen Land mit Friedensrekord u. Weltabgeschiedenheit: der Schweizer Mentalität, die gerne bei Fremden für Gastfreundschaft grosse Summen nimmt, Ideale predigt, aber sich selbst sehr egoistisch aus allen ernsten Diskussionen in der Welt aus „Neutralitätsgründen" fernhält.

KUWAIT GIBT NICHTS

Kuwait, eines der reichsten Erdölförderländer der Welt, wird sich nicht an einem von den Vereinten Nationen eingerichteten Notfonds für die von der Oelpreiserhöhung am härtesten betroffenen Entwicklungsländer beteiligen. In einer Note an UN-Generalsekretär Waldheim heisst es. Kuwait müsse sich auf seine eigene Entwicklung und sein Wirtschaftswachstum konzentrieren und könne sich deshalb an dem Fonds nicht beteiligen. Es erfülle zudem seine Hilfemassnahmen auf einer bilateralen Basis.

RIAD GEHT NACH BONN

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, General Muhmud Riad, wird am 12 September in Bonn sein. Der Generalsekretär folgt einer offiziellen Einladung, die vom Bundespräsident Scheel ausgesprochen wurde, als er als Bundesaussenminister Kairo besuchte. In Bonn wird Riad mit Aussenminister Genscher zusammentreffen und alle aktuellen Fragen der Nahost-Politik und der deutsch-arabischen Zusammenarbeit erörtern. Auch der von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingeleitete Dialog mit den arabischen Staaten wird dabei eine Rolle spielen.

HOLLAND SUCHT NEUE WEGE IN DER VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Von unserem Benelux-Korrespondenten
HERMANN BLEICH

Die niederländische Verteidigungspolitik steht erneut im Lande selbst und in der NATO im Mittelpunkt des Interesses aufgrund des nunmehr veröffentlichten ausführlichen Memorandums des Verteidigungsministers Henk Vredeling, das seit geraumer Zeit mit Spannung erwartet wurde und jetzt dem Parlament zur Behandlung vorgelegt worden ist. Diese Denkschrift unter dem Titel „Für die Sicherheit der Existenz" enthält die Pläne der Verteidigungspolitik im Zeitraum 1974 bis 1983 und bildet daher ein Zehnjahresprogramm. Als Motto wurde ein Ausspruch d. russischen Schriftstellers Alexander Solschenitzyn gewählt: „der freie Mensch kennt den Wert der Dinge nicht".

Das Leitmotiv des Dokuments, das im Brüsseler NATO-Hauptquartier als ein Stein des Anstosses betrachtet wird, lautet: Qualität statt Quantität. Auf dieser Grundlage liegt es in der Absicht, innerhalb einer Periode von 4 Jahren einen Betrag von 1500 Millionen Gulden einzusparen. Es würde sich dabei allerdings nur um eine relative Ersparnis handeln, die dadurch erzielt werden soll, dass die Ausgaben für militärische Zwekke im Verhältnis zum Wachstum des Nationaleinkommens zurückbleiben, wobei überdies noch die Inflationsentwicklung eine Rolle spielt. Die heutige niederländische Regierung hat den Masstab aufgegeben, wonach die Verteidigungsausgaben stets entsprechend der Zunahme des Nationaleinkommens ebenso erhöht werden mussten. Absolut betrachtet werden die niederländischen Verteidigungsausgaben auch weiterhin jedes Jahr um durchschnittlich 90 Millionen Gulden steigen.

In Zukunft soll weniger für Personal und mehr für Material ausgegeben werden. Es ist vorgesehen, die Personalstärke der niederländischen Streitkräfte, und zwar hauptsächlich bei der Armee, bis zum Jahre 1977 um zirka 20.000 Mann auf 125.000 zu reduzieren. Dagegen soll mittels der Einsparungen die Qualität des Kriegsmaterials verbessert werden, die Anschaffung neuer Waffen, Schiffe und Flugzeuge steht auf dem Programm.

Es liegt in der Absicht, die veralteten 112 Starfighter-Kampfflugzeuge bis zum Jahre 1984 durch 102 neue Maschinen zum Preis von je 15 Millionen Gulden zu ersetzen. Welches neue Kampfflugzeug den Starfighter ersetzen wird, steht noch nicht fest. Von den 11 Raketen-Schwadronen des Typs HAWK (gelenkte Raketenwaffe gegen Flugzeuge), die gegenwärtig in der BRD aufgestellt sind, sollen 5 nach den Niederlanden zum Schutz der niederländischen Flugstützpunkte zurückgezogen werden. Es ist kein Geld verfügbar, um zusätzliche HAWKS zu kaufen. Die Zahl der gelenkten Waffen vom Typ MIKE (Raketen gegen Flugzeuge in grosser Höhe), die sich ebenfalls in der deutschen Bundesrepublik befinden, soll auf 4 Einheiten halbiert werden. Die niederländische Marine soll innerhalb der nächsten 10 Jahre völlig modernisiert werden, wobei ebenfalls Qualität statt Quantität zum Ausgangspunkt genommen wird.

Verteidigungsminister Vredeling kündigt eine Verkürzung der Militärdienstzeit von 16 auf 12 Monate an. Gleichzeitig sollen die Militärdienstpflichtigen mehr Rechte zur politischen Betätigung und einen Sold in Übereinstimmig mit den gesetzlichen Bestimmungen über Jugendlohn in den Niederlanden erhalten. Der niederländische Soldat geniesst heute bereits mit 409 Gulden pro Monat den höchsten Sold in Europa. Zum Vergleich diene, dass ein militärpflichtiger Soldat in der Bundesrepublik 221 Gulden, in Belgien 210 Gulden und in Frankreich 34 Gulden pro Monat erhält.

Die wichtigsten ins Auge gefassten Reformen betreffen die Landstreitkräfte. Inwiefern jedoch die beabsichtigte Reorganisation der Armee durchgeführt werden kann, wird von dem Erfolg der in Wien stattfindenden Verhandlungen über eine Truppenverminderung zwischen Ost und West abhängig gemacht. Diese Einschränkung wird vielfach als eine Konzession an die NATO betrachtet, die schon wiederholt gegen die niederländischen Pläne ernste Bedenken geeäussert hatte. Die sogenannte mobilisierbare Fünfte Division — eine Einheit zur Verwendung in Kriegszeiten — soll nach der ursprünglichen Auffassung der niederländischen Regierung aufgehoben werden. Diese Division bleibt jedoch unter dem Druck der NATO bestehen, und sie soll sogar mechanisiert werden.

Die Regierung in Den Haag hat übrigens schon längst der NATO ihren Standpunkt zur Kenntnis gebracht, dass die militärischen Aufgaben innerhalb der Allianz besser verteilt und die Waffenausrüstung standarisiert werden müsste. Die niederländische Regierung erhofft sich davon grosse Ersparnisse. Sollte dieser Fall nicht eintreten, so heisst es in dem Memorandum über die niederländische Verteidigungspolitik, dann könnte sich vielleicht die Notwendigkeit ergeben, einseitig einen ganzen Sektor der Streitkräfte abzustossen.

Die niederländischen Pläne stossen bei der NATO weiterhin auf harte Kritik. In einer offiziellen Raktion des NATO-Hauptquartiers in Brüssel auf das Memorandum über die niederländische Verteidigungspolitik wird unzweideutig Missbilligung zum Ausdruck gebracht. Die NATO spricht von einer ernsten Schwächung der Allianz und stellt fest, dass die grosse Besorgnis, auf die bereits in einem früheren Stadium hingewissen worden war, nur zum Teil behoben worden sei.

Verteidigungsminister Vredeling weist diese NATO-Kritik als ungerecht u. unfair zurück. Die niederländische Regierung ist der Auffassung, dass zur Besorgnis im Kreise der NATO kein Grund bestehe, denn die vorgelegten Pläne, stellten einen vollwertigen und verantwortungsbewussten niederländischen Beitrag in Aussicht. Die Leistung der Niederlande könne die Probe der Kritik im Vergleich mit anderen Bündnispartnern gut bestehen.

Bisweilen hat man den Eindruck, dass die scharfe Haltung der NATO gegenüber den Niederlanden eine exemplarische Bedeutung habe, um zu verhindern, dass auch andere Bündnispartner Pläne zur Verteidigungspolitik einreichen, die der NATO nicht wohlgefällig wären, wobei zum Beispiel an England gedacht werden könnte. Wie dem auch sei, es sieht jedenfalls nicht danach aus, dass die Niederlande und die NATO sich in nächster Zeit liebvoll umarmen werden.

Kissinger wird sich aendern

Kissinger unter Ford wird nicht mehr der gleiche Kissinger wie unter Nixon sein, da der Zwang entfällt, mit aussenpolitischer Betriebsamkeit von inneren Bedrängnissen abzulenken. Auf das bisweilen überraschende Temperament des Aussenministers kann sich das bedächtige Gemüt Fords nur günstig auswirken. Mit diesem Gespann werden die Europäer vermutlich gut fahren und zurechtkommen, heisst es in deutschen Presse-Kommentaren.

Gerald Ford befindet sich nun in einer ähnlichen Lage wie 1945 nach dem Tode von Roosevelt der damalige Vizepräsident Truman. Niemand glaubt, dass er für das Präsidentenamt besonders geeignet ist. Für ihn spricht zunächst nur seine persönliche Unantastbarkeit, die mit fast peinlicher Genauigkeit durchleuchtet worden ist.

Aber ebenso wie Truman kam er mit seinem Amt wachsen. Seine ersten Schritte verraten nicht nur einen Mann, der die harte Schule der amerikanischen Politik durchlaufen hat, sondern zeigen auch gesunden Menschenverstand, vielleicht die wichtigste Gabe, die seine neue Stellung verlangt.

GEHEIMSACHE SAHARA

Marokko und Mauretanien erheben Ansprueche auf spanische Kolon[ie]

Der neu aufgeflammte Streit zwischen dem Franco-Regime u. König Hassan von Marokko um die Kolonie Spanisch-Sahara nimmt sich für die Spanier wie ein komisches Schattenboxen aus. Da Franco den Fall seit zwei Jahren zur Geheimsache erklärt hat, erfahren seine Untertanen, denen manchmal politische Reife bescheinigt wird, aus ihren Zeitungen nichts, abgesehen von spärlichen offiziellen Mitteilungen. Sie lesen versteckte Hinweise, dass sie sich, falls fremdsprachenkundig, in der Auslandspresse informieren könnten. Karikaturisten machen sich über die „Geheimsache" lustig.

Da schon militärische Scharmützel mit Marokko drohen, forderte d. Chef einer Zeitschrift „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit", denn: „Für ein Staatsgeheimnis wird man nur sehr schwer Heldentum von irgend jemandem verlangen können. Und die grosse Madrider Zeitung ABC veröffentlichte, ohne das Wort Sahara zu erwähnen, auf der ersten Seite einen Appell an die Regierung, zu „den auswärtigen Vorgängen" endlich Stellung zu nehmen.

Die Sahara, zwischen Marokko und Mauretanien, ist das vorletzte Ueberbleibsel des spanischen Kolonialreichs. Franco hält ausserdem noch die Festungen Ceuta und Melilla an der marokkanischen Mittelmeerküste — die letzten europäischen Kolonien in Afrika, wenn Portugal seine Ueberseegebiete aufgibt. 1970 hat die UNO-Vollversammlung die Entkolonialisierung der spanischen Sahara gefordert. Seither bastelt die Regierung in Madrid an einem Statut, das den 30 000 bis 50 000 Nomaden, die dort leben, zunächst innere Autonomie geben soll. Ueber die Selbstbestimmung der Saharauis werde die Welt im geeigneten Moment informiert werden, erklärte das Aussenministerium herablassend.

Spanien beutet in der Sahara reiche Phosphatlager aus, die es eines Tages auch als Eigentum der Einheimischen anerkennen will. Die Militärstützpunkte für rund 10 000 Soldaten und die Häfen, die günstig zur grossen, fischreichen Sahara-Kanaran-Bank zwischen Nordafrika und den Kanarischen Inseln liegen, sind weitere wertvolle Objekte für Spanien. Madrid, das ist deutlich sichtbar, will sich mit der inzwischen genehmigten Generalversammlung von Häuptlingen der Saharauis gütlich über die Unabhängigkeit einigen, um seine Vorteile behalten zu können.

Sowohl Marokko wie Mauretanien beanspruchen die span. Sahara für sich. Für König Hassan II. ist sie das bisher „unbefreite" Süd-Marokko. Präsident Ould Daddah von Mauretanien will offenbar den Nordteil Marokko zubilligen und den Südteil für sich behalten. Algerien wiederum ist an eine Verkehrsverbindung durch die Sahara von den reichen Eisenerzlagern bei Tindouf zum Atlantik interessiert. Alle sind sich nur gegen Spanien, aber nicht untereinander einig.

König Hassan startete eine internationale Kampagne gegen Madrid, nachdem Francos Regierung den Saharauis Anfang Juli den Entwurf des Autonomiestatus übermittelt hat. Hassan beschuldigte Franco, aus der Sahara einen Vasallenstaat machen zu wollen. Der König hielt Reden an sein Volk und schick[te] seinen Ministerpräsidenten A[h]med Osman sowie einige Sond[er]botschafter in europäische u[nd] arabische Hauptstädte, um U[n]terstützung für seine Ansprüc[he] gegen Spanien zu erreichen. [Im] Inneren gab es feurige Prop[a]gandaparolen: Die „geraubte S[a]hara" müsse der „anachronis[ti]schen Kolonialherrschaft" entr[is]sen werden. Der Chef einer v[er]botenen Linkspartei rief den K[ö]nig auf, Freiwillige gegen Sp[a]nien zu mobilisieren. Hassan freilich wiederholte auch s[ein] Verhandlungsangebot von 19[..] an Madrid, den Spaniern in ei[ner] Marokko angegliederten Sah[ara] Stützpunkte zu überlassen [und] sie weiter an den Bodenschät[zen] zu beteiligen. Er setzte Franco [ei]ne Erklärungsfrist bis zum [..] September. An diesem Tage [will] er offenbar Resultate vorzeig[en]. In den arabischen Hauptstäd[ten] liess er erklären, er habe d[amals] seinerzeit Truppen gegen Is[rael] geschickt, nun sollte man [ihn] auch gegen Spanien unterstüt[zen].

Madrid, das wegen seiner [de]monstrativ gepflegten Freu[nd]schaft zu den Arabern keine [di]plomatischen Beziehungen zu [Je]rusalem unterhält, gerät we[gen] der Sahara in eine aussenpo[litische] Zwickmühle. Die marok[kani]sche Kampagne traf Spa[nien] ausgerechnet in den Wochen, [als] Franco ins Krankenhaus mu[sste] und auch nach der Entlass[ung] noch nicht wieder voll re[gie]rungsfähig ist. Die spanische [Di]plomatie begann draussen in [der] Welt das Autonomieversprec[hen] für die Sahara zu erläutern. [Im] Inneren wurde die Presse mit [der] Wiederholung früherer Mi[ttei]lungen abgespeist. Die Sah[ara] bleibt Geheimsache.

F. K. in der „[...]



122.

„Natürlich. Sie hatten keine Ahnung. Kein Mensch hat eine Ahnung", sagte der erste Vertreter der „Jewish Agency', während der zweite sich bemühte, die Aufgeregten zu beruhigen.

Jakob Roszek drängte sich vor. Auf einmal stand er dicht vor Manuel und Irene.

„Wer sind Sie?"

„Sie sollen doch hier erwartet werden, Herr Roszek", sagte Irene.

„Ja, aber nicht von zwei jungen Leuten, sondern von einer älteren Frau! Valerie Steinfeld heisst sie."

„Valerie Steinfeld konnte nicht kommen", antwortete Irene, erstaunlich gefasst. „Ich bin ihre Nichte. Wir erhielten den Brief von Daniel Steinfeld."

„Was ist geschehen?"

„Das wollen wir Ihnen ja erzählen."

„Sie stören. Sie halten uns auf. Gehen Sie doch, bitte! Sie können Herrn Roszek später besuchen. Im Lager. Geben Sie ihm Ihre Adresse und Telefonnummer", sagte der zweite Mann von der „Jewish Agency", jetzt freundlicher, aber sehr nervös.

„Wir wollen Herrn Roszek gleich sprechen", beharrte Manuel.

„Unmöglich! Ein Bus wartet drassen. Wir müssen alle gemeinsam ins Lager bringen. Herr Roszek hat doch keine Personalpapiere und kein Geld."

„Wieso keine Personalpapiere?"

„Die haben ihm österreichische Beamte an der Grenze abgenommen und uns hier zu treuen Händen überreicht. Damit kein Emigrant sich selbständig macht und etwa schwarz in Oesterreich zu bleiben versucht", sagte der erste Mann von der „Jewish Agency" bitter.

Manuel zog seinen Pass aus der Tasche.

„Hier, nehmen Sie das. Lassen Sie Herrn Roszek und seine Familie mit uns sprechen. Es ist wirklich dringend! Ich habe einen Wagen. Ich verspreche Ihnen, ich bringe die Familie ins Lager. Sie werden keine Schwierigkeiten haben."

„Nein, das geht . . . Sie sind ja Argentinier!"

„Haben Sie nicht den Namen der Frau verstanden, die Herr Roszek hier erwartete?"

„Stein — irgendwas."

„**Steinfeld.** Valerie Steinfeld! Sie leben doch in Wien — oder? Sagt Ihnen der Name nichts? Lesen Sie keine Zeitungen?"

„Zeitungen? Was ist los?" rief Roschek.

„Die Valerie Steinfeld?" fragte der erste Mann von der „Jewish Agency", plötzlich alarmiert.

„Ja, die Valerie Steinfeld!" sagte Manuel. „Telefonieren Sie mit dem Hofrat Groll vom Sicherheitsbüro! Er kennt mich, und er kennt den Fall. Er wird Ihnen alles erklären. Er wird in Ihrem Auffanglager anrufen . . ."

„Was ist mit Valerie Steinfeld?" rief Roszek.

„Sie ist tot", sagte Manuel, während eine heftige Bö die Gruppe in Schneestaub hüllte. „Sie hat meinen Vater vergiftet und danach Selbstmord begangen."

„Gütiger Gott im Himmel", stammelte Roszek. „Aber wieso . . . aber warum . . ."

Der erste Mann von der „Jewish Agency" nahm Manuel am Arm.

„Kommen Sie", sagte er, „wir telefonieren." Er wandte sich an seinen Kollegen. „Geh du mit den anderen und dem ganzen Gepäck schon zum Bus."

Zehn Minuten später sass die Familie Roszek vor Irene und Manuel im Restaurant des Bahnhofs. Sie hatte die Erlaubnis erhalten, zurückzubleiben unter der Voraussetzung, dass Manuel sie in das Lager brachte.

Irene und Manuel berichteten abwechselnd, was sich ereignet hatte. Roszek und seine Frau waren sehr erschrocken. Sie konnten nichts essen, sie bestellten bloss Kaffee. Das junge Mädchen hatte Appetit. Es verzehrte ein grosses Menu. Ljuba sprach schlecht Deutsch und verstand nur einen kleinen Teil der Konversation. Sie stellte keine Fragen. Sie ass und sah staunend immer wieder um sich, als wäre sie auf einem anderen Planeten gelandet . . .

67

Nach dem Sechs-Tage-Krieg (erzählte Jakob Roszek) verurteilten die Ostblockstaaten, allen voran die Sowjetunion, Israel als „Aggressor". Diplomatische Beziehungen wurden abgebrochen. Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate geschlossen. Ueberall kam es zu antijüdischen Demonstrationen. In Polen wuchsen sich die Demonstrationen zu einer unerbittlichen „Säuberungsaktion" aus.

„Die Leute flogen aus ihren Stellungen", berichtete Roszek, „vielen wurden noch Scheinprozesse wegen angeblicher staatsfeindlicher Tätigkeit gemacht — und mehr und mehr Juden, viele davon eben noch in höchsten und wichtigsten Positionen, sahen sich v[or] dem Nichts, vor dem Ende einer Existenzmöglichk[eit] in Polen. Es gab nur noch eines für sie: ausw[an]dern . . ."

In diesem Stadium schaltete sich die israelisc[he] Hilfsorganisation „Jewish Agency" ein. Sie entricht[ete] die Kosten für jene Reise ohne Wiederkehr — all[er]dings nicht an die Juden, sondern an den polnisch[en] Staat. Es waren grosse Beträge. Jeder Jude, der Pol[en] verlassen wollte, musste zunächst fünftausend Zl[oty] bezahlen.

„Fünftausend Zloty sind ungefähr fünftausend we[st]deutsche Mark oder dreissigtausend österreichisc[he] Schillinge", berichtete Jakob Roszek in dem grosse[n], fast leeren Restaurant des Wiener Ostbahnhofs, ind[es]sen seine Frau auf das Tischtuch starrte, indessen sei[ne] Tochter, wie berauscht, ass und um sich schaute, [um] sich schaute und ass. „Fest steht, dass jeder auswa[n]dernde Jude — und meine Frau, ich und Daniel Stei[n]feld sind gleich nach dem Krieg mit Orden behän[gt] und wegen unserer Verdienste im Untergrund und [bei] den Partisanen ehrenhalber zu polnischen Staatsbü[r]gern erklärt worden —, dass jeder Jude, der auswa[n]dert, seine Wohnung tadellos instandsetzen muss [für] den nächsten Mieter. Fest steht, dass man nur ga[nz] wenig Gepäck haben darf. Nicht mitnehmen darf m[an] Zeugnisse, Diplome, Arbeitsbestätigungen, Büch[er], die man selber geschrieben hat, oder Manuskrip[te]. Darauf stehen, wenn man es doch versucht und [er]wischt wird, hohe Strafen. Für die Wiener sind v[ir] Transitgäste, die fremdenpolizeilich nicht behand[elt] werden. Oder nur dann, wenn einer von uns hier [um] politisches Asyl ansucht", erzählte Jakob Roszek, [mit] ruhiger Stimme, aber hastig und übernervös rauchen[d]. „Das tun allerdings ganz wenige. Die meisten woll[en] wirklich nach Israel. Wie wir."

„Da unten kann doch jeden Moment ein ne[uer] Krieg losbrechen!" rief Manuel. „Die Araber hab[en] sehr viel mehr Waffen als das letzte Mal."

„Das wissen wir", sagte Roszek.

„Und trotzdem?"

„Und trotzdem", sagte Roszek. „Wo sollen [wir] denn hin ohne Angst, dass uns dasselbe passiert w[ie] in Polen? Welches Land lässt Juden denn ge[rn] herein? In Israel können wir wenigstens nicht ausg[e]wiesen werden."

Eine heisere, erkältete Stimme gab aus Lautsp[re]chern gelegentlich die Abfahrt oder die Ankunft v[on] Zügen, aber meistens nur immer weitere und grös[se]re Verspätungen von Zügen bekannt.

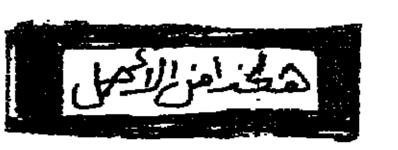
Irene fragte: „Und Daniel Steinfeld? Was ist [mit] ihm? Was sollte meine Tante für ihn tun?

„Ihre Tante . . . wenn er eine Ahnung gehabt h[ät]te . . . wenn er wüsste . . . eine furchtbare Geschich[te] ist das, die da passiert ist . . ."

„Es ist auch eine furchtbare Geschichte, die Ihr[e] passiert", sagte Irene. Sie ist überraschend hart [ge]worden in der kurzen Zeit, dachte Manuel. Er blic[kte] sie an. Irene legte eine Hand auf seine Schulter.

(Fortsetzung folgt)

WOHIN GEHT MAN ?



[Stre]iks, Skandale und die Angst vor Verschwoerung laehmen Italien

[...]m Magazin der Via Tri[...] in Mailand liegen noch [...]chen, die italienische Ar[...] Ausland zu Weihnach[...] ihren Angehörigen in [...]mat zugedacht hatten. [...]iefe in oder aus Italien [...]n, weiss niemand mehr; [...]s nicht einmal, ob sie [...]t ankommen, seitdem [...]usgestellt hat, dass in [...]l in Mailand die Post [...]ise an Papierfabriken worden ist.

[...] schon scheint festzuste[...] der für die italienische [...]ilanz so bedeutsame [...]erkehr ernsthaft geworden ist. Inzwischen [...] FAO, die grosse Un[...]ation für Ernährung [...]twirtschaft der Verein[...]nen, ihren Sitz von [...]n anderes Land zu ver[...]ll sie täglich durch ei[...] Sonderkurier ihren ei[...]ostdienst organisieren

[...]r Zivilisation, die nur [...]estörter permanenter [...]kation funktioniert, [...] solches postalisches [...] das nicht nur geschäft[...]dern auch menschliche [...]en berührt, zwangsläu[...]stes Aufsehen erregen. [...]ostminister hat unter [...]hen für den gegenwär[...]tand der italienischen [...]ster Stelle die 806 000 [...]e genannt, die im Jahr [...]die 89 000 Arbeitstage. [...]rsten Halbjahr 1974 [...]eiks verlorengegangen-

[...]rhängnisvoller hat sich [...]hte Fernbleiben vom [...]tz ausgewirkt, das Phä[...]s sogenannten „Assen[...]er im Gegensatz zum [...] Streik individuelle [...]auf Anwesenheit am [...]z, der gewöhnlich vor Sonn- und Feiertagen [...]wird. Die italienischen [...]sieten haben es im ver[...]Jahr auf fünf Millio[...] Abwesenheit dieser Art [...]was nach Aussage des [...]11,7 Prozent der ge[...]beitszeit des gesamten [...]als ausmacht.

[...]liche Rechnung könn[...] [...]weige der öffentlichen [...]g und viele grosse Industriebetriebe aufmachen. Ein italienischer Wirtschaftler hat öffentlich ausgesprochen, dass der italienische Arbeiter und Angestellte durchschnittlich zwanzig Prozent weniger Arbeitszeit pro Jahr aufzuweisen habe als der amerikanische und der deutsche Arbeiter.

Natürlich wäre es zu einfach, in der vielfach anarchistische Züge tragenden Streikmentalität die alleinige oder gar die wesentliche Ursache für die italienische Krisensituation zu sehen. Aber es ist sicherlich kein Zufall, dass von den Ländern der Europäischen Gemeinschaft auch nach dem Beitritt Grossbritanniens Italien die höchste Streikintensität aufzuweisen hat: 134,6 Millionen Arbeitsstunden im Jahre 1972, gegenüber dem Jahr zuvor eine Steigerung von 29,9 Prozent.

Der Streik ist in Italien nicht, was er im allgemeinen ist und worin seine heute allgemein anerkannte Rechtfertigung besteht: ein Mittel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern eine stets angriffsbereite Waffe, die jederzeit ohne Urabstimmung abgefeuert werden kann, eine politische Waffe, die ohne Scheu und Tarnung als solche benutzt wird — oder auch ein sehr teures Mittel, seinen Unmut spontan zum Ausdruck zu bringen.

Die Regierung hatte eben, am 6. Juli, die neuen drastischen Steuererhöhungen beschlossen, um das Zahlungsbilanzdefizit, das in fünf Monaten auf 3 000 Milliarden Lire angeschwollen war, durch Abschöpfung einer gleichgrossen Summe Kaufkraft auszugleichen — und dem weiteren Ansteigen der Inflationsrate entgegenzuwirken, die mit 18 Prozent die höchste in Europa ist — da rollte auch schon in zeitlich genau geregelter Abfolge eine Serie regionaler Generalstreiks von jeweils vierstündiger Dauer von Provinz zu Provinz über das ganze Land.

In Turin und Mailand wurden die Gewerkschaftsführer von der erbosten Menge ausgepfiffen, die den sofortigen allgemeinen nationalen Generalstreik forderte.

Eigentlich zweifelt kein Einsichtiger daran, auch nicht die Bosse der grossen Gewerkschaftsbünde, dass die akute Krise nur durch mehr Arbeit und weniger Verbrauch, durch einen Schritt zurück in einen Zustand bescheideneren Lebenszuschnittes gelöst werden kann. Aber bei den arbeitenden Massen wächst gefährlicher Unmut über eine solche Vertreibung aus dem Konsumparadies an, in das man eben erst eingetreten war.

Dabei ist die Regierung, die die gegenwärtige Krise zu bewältigen hat, ohnehin durch eine Verschiebung der Gewichtsrelationen unter den Koalitionspartnern und durch eine interne Parteikrise des christlich-demokratischen Koalitionspartners gestört und geschwächt. Die Christlichen Demokraten haben nicht nur ihre Position innerhalb der Koalition verschlechtert, sondern sind selbst durch ihre Niederlage beim Referendum über die Ehescheidung und bei den Wahlen auf Sardinien in schwere innere Auseinandersetzungen geraten.

Noch sucht sich die Partei der drohenden Umarmung durch die Kommunisten zu entziehen, wohl wissend, dass sie sich selbst halbieren und den Kommunisten den Platz der stärksten Partei des Landes überlassen würde, was einen völligen Umsturz der inneren Situation bedeuten würde.

Die Kommunisten haben bei den Wahlen in Sardinien gezeigt, dass sie noch keineswegs am Ende ihrer demokratischen Expansionsmöglichkeiten angekommen sind. Sie verfolgen mit gestärktem Selbstbewusstsein ihre Politik des „grossen historischen Kompromisses"; das heisst: ihre Annäherung an die Christlichen Demokraten und ihre Beteiligung an der Verantwortung. Da es in Anbetracht ihres starken Einflusses auf den grössten Gewerkschaftsbund weitgehend von ihnen abhängt, ob die Regierung ihre Sanierungspolitik erfolgreich durchführen kann, und da sie wissen, dass auch die anderen wissen, dass auf die Dauer die italienischen Probleme ohne ihre Beteiligung nicht gelöst werden können, hat ihre Strategie der „grossen Koalition" noch mehr Statur und Gewicht bekommen. Sie arbeiten sich zäh und unbeirrt und ohne Hast an die Macht heran

Besbonders gefährlich aber für den derzeitigen inneren Zustand des Staates und seine künftige Entwicklung ist der Verruf, in den die politische Führungsschicht durch einige Skandale gekommen ist, die in den ersten Monaten dieses Jahres die italienische Oeffentlichkeit erregt haben.

Die Versuche der Justiz einiger mutiger jüngerer Richter, durch gerichtliche Verfahren dem politischen Leben einen höheren moralischen Standard zu geben, wurden rasch durch die Politiker unterbunden. Das Parlament bildete eine Untersuchungskommission, die die Verfahren (samt allen Unterlagen) den ordentlichen Gerichten entzog und in die eigene Zuständigkeit übernahm, was dann möglich ist, wenn der Verdacht besteht, dass Minister beteiligt sein könnten. Der Vorgang hat zu erheblichen Spannungen zwischen der Justiz und den politischen Parteien geführt.

Dieser im Ausland wenig beachtete Konflikt zwischen Justiz und Politik ist einer der ernstesten Züge im Krisenbild des heutigen Italiens, weil an ihm sichtbar wird, dass sich hinter allen Einzelkrisen eine in die Tiefe gehende Staatskrise verbirgt, die im letzten Grunde eine moralische Krise ist. Die misstrauische Öffentlichkeit sieht in dem Verhalten der Politiker eine drohende Aufforderung an die Justiz, sich um die „Angelegenheiten" der Politiker nicht zu kümmern, und in der parlamentarischen Untersuchungskommission nur ein Instrument, die Skandale versanden und ohne Folgen der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Die Politiker sind nun von der Furcht besessen, der nichtkommunistische Teil der Bevölkerung könne einem neuen Faschismus verfallen. Es wird fieberhaft nach faschistischen Verschwörungen gesucht, es werden überall „schwarze" Spuren und Zusammenhänge vermutet und gefunden.

Selbst der Sicherheitsdienst der Armee wird verdächtigt, in faschistische Komplotte verwickelt zu sein und möglicherweise sogar angezettelt zu haben. Es scheint eine panische Angst zu herrschen, dass militärische Kräfte versuchen könnten, dem Lande durch ein Militärregime eine feste Ordnung zu geben. Die Enthüllungen der letzten Wochen über den militärischen Sicherheitsdienst sollten offensichtlich einen solchen Versuch nicht erst im Ansatz, sondern noch vor dem ersten Ansatz vereiteln.

Der Sommer pflegt in Italien im allgemeinen heiss und ruhig zu sein. In diesem Sommer aber muss das harte Paket der Supersteuern vom Parlament gebilligt werden. Sollte es die Billigung nicht finden, wird der Herbst heisser als der Sommer sein, und aus den Supersteuern geht es unmittelbar hinein in die Superkrise. Die Fähigkeit des einzelnen Italieners, sich zu arrangieren und Krisen zu überleben, ist aus jahrhundertelanger Übung beträchtlich. Wie aber das Land dann aus der Summe seiner kritischen Zustände herausfinden wird, vermag noch kein Prophet zu sagen.

Dr. Robert Dvorak

Kommentare zum Machtwechsel in den USA

ERKLAERUNG VON PERES

Verteidigungsminister Schimon Peres erklärte in einer Stellungnahme zum Rücktritt Nixons, die Entwicklung in Washington sei ein grosser Sieg des demokratischen Regimes und eines grossen Volkes, das den Kampf um die Freiheit nie aufgegeben hat.

Nixon habe immer Verständnis für die Lage Israels gezeigt.

PEKING REAGIERT

Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur brachte die Meldung vom Rücktritt Nixons sehr kurz und lakonisch. Die Presse veröffentlichte die Meldung im Innenteil an unauffälliger Stelle. Bis zum Freitagabend war die amtliche Agentur das Ereignis mit Schweigen übergangen

GLEICHE POLITIK MIT NOCH MEHR NACHDRUCK

Der amtierende Berliner Bürgermeister, Innensenator K. Neubauer, entgegnete auf die Frage, was der Rücktritt des amerikanischen Präsidenten für Berlin als Folge hat, er wisse, dass das keine veränderte Politik bedeute. Er sei sicher, die eigentliche Bedeutung — auch für Berlin — liege darin, dass damit eine Periode in den Vereinigten Staaten beendet sei. Berlin gehe jedenfalls davon aus, dass jetzt die gleiche Politik wie vorher, mit noch mehr Nachdruck, fortgesetzt werde.

„Wir sind sehr darauf angewiesen, dass die westliche Führungsmacht eine starke Führung hat. Darin wird sich nichts ändern" sagte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz.

PRESSEKOMMENTARE

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: Mit seinem Rücktritt vom Präsidentenamt hat Richard Nixon — welches Mass seine Schuld auch haben mag — sich aus einer für ihn nicht länger erträglichen ausweglosen Lage befreit, in der er nur zu wählen hatte zwischen immer neuen Vertuschungsversuchen und immer neuen demütigenden Eingeständnissen. Aber auch von seinem Land hat er mit seinem Entschluss eine ungeheure Last genommen. Die Spaltung Amerikas in zwei unnatürliche Lager wird sich nun allmählich überwinden lassen.

Im Kölner Stadtanzeiger hiess es: Einen solchen Mann aus dem Amt zu jagen, weil er alle Tugenden der amerikanischen Demokratie in den Sumpf von Verlogenheit und zynischem Machtmissbrauch gezogen hat, muss das Land in seinen Grundfesten erschüttern. Umsomehr gebührt den Amerikanern Hochachtung zu ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit, die Würde des höchsten Staatsamtes und der Verfassung durch einen schmerzvollen Akt der Selbstreinigung wiederherzustellen.

Die Neue Ruhrzeitung bemerkt, die amerikanische Demokratie hat eine ihrer schwersten Bewährungsproben bestanden. Die Macht der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung ist eindrucksvoll unter Beweis gestellt worden. Nixon hat sich selbst in seinem Netz verstrickt. Die Macht ist nur eine Leihgabe, er hätte das wissen müssen.

Die Düsseldorfer Nachrichten meinen: Nixon gibt auf. Mit den Amerikanern atmen ihre Verbündeten, atmet die Welt auf. Die Zeit der Lähmung nimmt ein Ende. Das Dahinsiechen der amerikanischen Weltmacht war zuletzt unerträglich geworden. Ford ist nicht gerade ein strahlender Nachfolger. Er ist eine ehrliche Haut und nichts haben die Amerikaner zur Zeit notwendiger.

RADIO und FERNSEHEN

[MON]TAG, 12.8.1974

[Nachric]hten: jede Stunde.

[P]rogramm A:

[...] Künstler-Palette. mit [...]nt Igor Markovitz u.a. [...]isch und leicht. 10.05 [...]ramm: Beethoven, [...]. 11.00 Iwrit. 11.15 [...]r und Schüler in den [...].45 Geschichten über [...] — Arabische Lektio[...] Musikprogramm — [...] Benjamin Britten. — [...]agskonzert: Massanet, [...]. 14.10 Für Mutter u. [...]5 Radio-Information. [...]undlektion — mit Dr. [...]0 Buchdiskussion. — [...] Minute Iwrit. 16.06 [...]hes Matinée: Variacci, [...] 17.05 Musikalischer [...] Sendeleitung. 18.05 [...]nen und Sterne. 18.55 [...] Landwirt. 19.25 Klas[...]eicht. 19.50 Vorlesung [...]bel. 20.05, 22.05, 23.05 [...]ermaus, von Johann

[P]rogramm B:

[M]orgengymnastik. 6.20 Musikalische Uhr. 6.59 Eine Minute Iwrit. 7.25, 7.35 Lieder für Dich. 7.55 Grünes Licht. 8.10, 9.05 Morgenlieder. 10.05, 11.05 Für die Hausfrau. 12.05 Im Arbeitsrhythmus. 13.05 Lieder u. Neuigkeiten. 14.10 Neue Aufnahmen und Platten. 15.05 Klänge des Orients. 16.05 Eine Minute Iwrit. 16.06, 16.35 „Hebräische Auflage" — Fremde Lieder in israelischer Kleidung. 16.30 Kurzer Quiz. 17.05 Mich bringt es zum Lachen. 18.05 Lieder um ein Thema. 18.45 Sport. 21.05 Blumen der Renaissance — Gedichte d. Renaissance-Dichter. 22.05 Rufen Sie an — das Team antwortet, mit J. Arbel. 23.05, 000.05 Ich bin Dein und Du bist mein — mit Ehud Manor.

Militärsender:

8.05, 9.00 „Künstler-Palette" — mit dem Dirigenten Igor Markewitz, u.a. 9.05, 9.55 „Klassisch und leicht" mit Ephraim Weil. 10.05, 10.05 „Gemeinsam musizieren": Beethoven, Paul Ben-Chaim u.a. 12.05, 13.05 Musikprogramm: Werke von Benjamin Britten. 13.05, 14.00 ‚Mittagskonzert': Massenet, Saint-Saens. (Französische Komponisten). 16.05, 16.55 Musikalisches Matinée: Varriaccini, Beethoven, Bartock. 17.05, 17.55 „Musik-Klub der Sendeleitung: Von Daniel Peer presentiert. 20.05, 23.00 „Die Fledermaus" von Johann Strauss.

Schulfernsehprogramm:

16.00 Oded Burla erzählt 16.17 Englisch-Unterricht. 16.35 Wettbewerb über Elektronengehirne.

Fernsehprogramm:

17.30 Nachrichten. 17.32 „Was zu sehen ist" — Unterhaltung und Hobbies für Kinder. — 18.00 „Tamaris Hütte" — mit Zlila Ros. 18.30 Arabische Programme. 20.00 Programm über neue Immigranten. 20.30 Mabat. 21.00 Unterhaltung aus dem Ausland. 21.50 Solschenizyn — Interview mit der C.B.S. 22.40 „Jason King". 23.30 Tagesabschnitt — Nachrichten.

KINOPROGRAMM

TEL-AVIV:

ALLENBY: The Sting
BEN JEHUDA: Cinderella Liberty
CINEMA ONE: Some Like it Hot
CINERAMA: My Name is Nobody
CHEN: Paper-Moon
DEKEL: „What?"
DRIVE-IN 8.00 Uhr: Aristocrats (Walt Disney) 10.00 Uhr: Loot
ESTHER: Papillon
GAT: Avanti
GORDON: Indian Summer
HOD: The Story of Jacob und Joseph
LIMOR: The Great Dictator
MAXIM: Le Grand Bazar
MOGRABI: Chained to Yesterday
ORDAN: Love Story
OPHIR: Tough Guys
ORLY: Goodbye Stork Goodbye
PARIS: Light of Nowhere
PEER: La bonne Annee
TCHELET: Go West
STUDIO: Big Eyes
TEL-AVIV: Butch Cassidy and the Sundance Kid
ZAFON: My Name is Nobody

RAMAT GAN:

KINO LILLY: 7.15 und 9.30 (2. Woche) Serpico, 4.00 Uhr: Asit Hazanchanim.

JERUSALEM

ARNON: The Great Dictator
CHEN: The Syndicate Will Pay
EDEN: The Sting
EDISON: Black Dragon
MITCHEL: Deux Hommes Dans La Ville
ORION: The Three Musketeers
ORNA: The Way we Were
HABIRAH: Ash Wednesday
JERUSALEM: Becket
ORGIL: The Story Of Jacob and Joseph
SEMADAR: Kazablan
RON: Play it Again, Sam

HAIFA

AMPHITHEATRE: Le Grand Bazar
ARMON: The Sting
ATZMON: My Name is Nobody
CHEN: „Light out of Nowhere"
MIRON: Malizia
MORIAN: Daughters, Daughters
ORDAN: The Godfather
ORION: The way of the Tiger
ORAN: The Story of Jacob and Joseph
ORLY: Harold and Maude
PEER: Wuthering Heights
RON: Gone with the Wind
SHAVIT: Rabbi Jacob

APOTHEKEN- UND AERZTEDIENST

Montag, nachts bis 23.00 Uhr: King George 72, Tel. 286740; Ben Jehuda 183, Tel. 242673; Jehuda Halevy 67, Tel. 612474.

Ramat Gan und Umgebung: Giwataiim, Katzenelson 151, Tel. 722271.

Bnei Brak: Jabotinsky 111 Pardes Katz.

Herzlia u. Umgebung: Herzlia Pituach.

Bat Jam: Balfour 45.

Cholon: Wie Bat Jam.

Natania: Herzl 2, Tel. 28656.

Ramla—Lod: Lod, Herzl 23.

Beer Schewa: Herzl. 72.

Haifa bis 21 Uhr: Kirjat Chaim, Busel 19, Tel. 725476: ab 21 Uhr: MDA, Tel. 512233 Kirjat Elieser.

AERZTEDIENST:

Tel Aviv: Dr. Har Ewen Epsteinstr. 6, Tel 443281

Magen David Adom Aerzte Nachtdienst T.-A Tel. 614333 oder 101 von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens.

Kupat Cholim „Maccabi" T.-A. MDA Tel. 101 Gusch Dan: MDA, Hagilgalstr. 42 Tel. 781111, Ramat Gan; Aschdod: MDA, Tel. 22222; Natania: MDA, Tel. 23333; Bat Jam: MDA Telefon 863333 Cholon: MDA, Tel. 843132; Petach Tikwa: MDA, Tel. 912333; Zfat: MDA, Tel. 101; Rechowot: MDA, Telefon 951333; Rischon Lezion: MDA, Telefon 942333; Herzlia; MDA, Tel. 981333; Haifa: MDA, Tel. 101; Jerusalem: MDA, Tel. 101. Arad: MDA, Tel. 057-97222.

Kupat Cholim Merkazit 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens: MDA, Tel. 101, Dr. Watts, Allenbystr, 50, Tel. 50888 (nur tagsüber): Dr. Marc Dona, Hachasmonaimstr, A, Tel. 248228.

Kupat Cholim „Assaf": Dan; Aviv: Tel. 101; Gusch Dan; Tel. 781111; Bat Jam: Tel. 863333; Cholon: Tel. 843133; Haifa: Allgemeiner und Kinderarzt. Tel. 254630.

חדשות ישראל — ECHO DES TAGES

מתקרב מועד ההסכם עם ירדן

ישראל הבהירה בהזדמנויות שונות, כי — במסגרת המגעים עם שכנינו הערביים — היתה מעדיפה המשך המשא והמתן עם מצרים על זה עם כל אחד אחר מן השכנים האלה. הנימוק העיקרי שלנו הוא, כי יש לנו בסיני יותר מרחב תימרון מאשר בכל אחת מיתר החזיתות שלנו וברור שבסופו של דבר ידרשו גם השותפים האחרים למשא ומתן ממנו ויתורים טריטוריאליים.

לצערנו אין לנו השפעה מכרעת על מהלך העניינים באזורנו בכלל ועל „התור" של מועמדים למגעים עמנו בפרט. התחילה היו האמריקנים בענין זה המימי דעים אתנו, אך כעת שינו הם את דעתם ומעדיפים שנגהל שיחות „הפרדה" עם ירדן לפני שנמשיך בשיחותינו עם מצרים. יתכן שמנקודה ראות אמריקנית יש בכך מן ההגיון, אך מנקודת ראות ישראלית — שאני.

הרי, לויתורים טריטוריאליים בגדה המערבית חייבת ממשלתנו את אישור העם, כלומר: היא חייבת ללכת לבחירות חדשות. עדיין לא ברור, אם ממשלת רבין כבר חזקה דייה על־מנת לקבל על עצמה מבחן כוח זה. העצה לבקש אישור ע״י בחירות חדשות לאותם הויתורים הקטנים יחסית, אשר ירדן דורשת כעת, ולראות בהם גם אישור מכללא עבור הויתורים הגדולים יותר שבוודאי עוד יבואו — עצה זו מתאימה לטקטיקה הקיסינג׳רית אך לא למדיניות הפנים שלנו לא נשאר אלא — בלית ברירה — לומר לבוחר הישראלי את האמת כולה.

ז. ט.

Das Abkommen mit Jordanien rueckt naeher

Israel hat bei verschiedenen Gelegenheiten betont, es würde im Rahmen der Genfer Friedenskonferenz weitere Verhandlungen mit Aegypten jenen mit anderen arabischen Staaten vorziehen. Die Gründe für diese israelische Stellungnahme sind recht klar: Wir haben im Sinai mehr Spielraum für Gebietsverzichte. als an jeder anderen unserer Fronten und da die Abkommen mit unseren arabischen Nachbarn letztlich auf Gebietsverzichte unsererseits hinauslaufen, so wäre es uns leichter gefallen, die Verhandlungen mit Aegypten fortzusetzen. als solche mit Jordanien oder Syrien zu beginnen.

Leider ist Israels Einfluss auf den Gang der Ereignisse im Nahen Osten überhaupt und auf die arabisch-israelischen Verhandlungen im besonderen recht gering. Wie bekannt wurde. haben die Aegypter auf ihren „Vorrang" zugunsten der Jordanier verzichtet und auch der amerikanische Aussenminister. Dr. Henry Kissinger zieht letztens israelisch-jordanische Verhandlungen allen anderen Kontakten zwischen uns und unseren arabischen Nachbarn vor. Das amerikanische Aussenministerium führt eine Reihe von Gründen an für diese Änderung in seiner Haltung. Ursprünglich waren nämlich Israel und die Vereinigten Staaten einer Meinung bezüglich der Reihenfolge. in welcher unsere arabischen Nachbarn in Genf oder wo auch immer als unsere Verhandlungspartner auftreten sollten. Jetzt behaupten die Amerikaner. die Verhandlungen mit Jordanien und ein entsprechendes israel-jordanisches „Entflechtungs-Abkommen" würden den palästinensischen Terror-Organisationen und ihrem neuen sowjetrussischen Patron den Wind aus den Segeln nehmen. Diese und andere Gründe sind vom Standpunkt der amerikanischen Aussenpolitik gesehen durchaus einleuchtend. Von uns aus gesehen, liegen die Dinge allerdings etwas anders. Gebietsabtretungen im sogenannten „Westufergebiet" verpflichten unsere Regierung zu Neuwahlen, aber mehr noch: Sie dürften auch innerhalb der Arbeitspartei eine heftige Kontroverse hervorrufen.

Kluge Politiker sehen hier eine Art Ausweg. Sie schlagen vor, dass die Regierung Rabins möglichst bald zu Neuwahlen schreitet. solange die Jordanier sich noch mit relativ geringen Gebietsabtretungen begnügen. Aus diesen guten Ratschlägen hört man allerdings bereits das Finale heraus. nämlich durch die Neuwahlen, bei welchen ein Sieg der derzeitigen Koalition angeblich vorausgesetzt werden kann. implicite auch schon die Genehmigung zu erhalten für spätere und wahrscheinlich bedeutend grössere Gebietsverzichte unsererseits. Man möchte doch meinen, dass diese superkluge Taktik vielleicht in den Rahmen der Kissingerischen Verhandlungstechnik passt, aber keineswegs in jenen der der israelischen Innenpolitik. Es ist noch gar nicht ausgemacht, dass bei allfälligen Neuwahlen unsere Regierung ihre parlamentarische Basis wird weitgehend verbreitern können. Hingegen besteht die Gefahr. dass das vorgeschlagene „Nachwahlmanöver" auf jeden Fall zu einer Verringerung jener Mehrheit führen kann. auf welche sich die kommende Koalitionsregierung wird stützen müssen.

Es bleibt also wohl nichts übrig. als den israelischen Wählern im voraus reinen Wein einzuschenken und es ist recht fraglich, ob die Rabin-Regierung bereits stark genug ist, um sich in nächster Zukunft einer solchen Kraftprobe auszusetzen. In der gegenwärtigen Situation hätten Verhandlungen mit Jordanien noch einen weiteren, nicht unbedeutenden Nachteil. Wenn nämlich diese Verhandlungen daran scheitern sollten. dass die jordanischen Forderungen unsere Bereitschaft an territorialen Zugeständnissen bei weitem übersteigt. so wäre ein enttaeuschtes Jordanien vielleicht eher bereit, sich einem von den Syrern angezettelten neuen Waffengang anzuschliessen, als ein Jordanien. welches noch immer auf den Beginn der Verhandlungen mit Israel wartet. Da augenblicklich die syrische Friedensbereitschaft mehr als fraglich ist. so wäre es vom israelischen Standpunkt gewiss von Vorteil. wenn wir die Verhandlungen mit Jordanien aufschieben könnten.

W.T.

KOPEL-TOURS WIRBT FUER PILGERFAHRTEN

Das Reisebüro Kopel-Tours unternimmt letzthin originelle Ideen, um den Fremdenverkehr nach Israel zu entwickeln. In Kanada gründete die Reiseagentur einen Konzern. dem es obliegt, jüdische und christliche Touristen nach Israel zu bringen. Dies gab der stellvertretende Präsident des Konzern, Schmuel Pilowski, bekannt. Er weilte letzthin in Kanada, wo er mit dem ehemaligen Bnej Brit-Präsidenten Harry Pachter, der gegenwärtig den kanadischen Ausschuss für christlich jüdische Verständigung leitet, zusammentraf. Nach der Konferenz wurde die „Kanadische Gesellschaft für Pilgerfahrten ins Heilige Land" gegründet.

Die erste hundertköpfige Pilgergruppe, unter der sich prominente kanadische Persönlichkeiten befinden, trifft Anfang September im Lande ein.

★

Gestern traf Mignon Eisenberg, Präsidentin des Executive Travel-Reisebüros aus Chicago, im Lande ein.

ANTOINE PINAY NACH ISRAEL

A. Pinay, ehemaliger Präsident und Vizepräsident Frankreichs, wird im Mai nächsten Jahres als Gast von Ober-Nazaret nach Israel kommen.

Dies teilte der Bürgermeister der Stadt, Mordechai Alone. der aus Frankreich nach Israel zurückkehrte, mit. Die Stadt Obernazaret unterzeichnete ein Partnerschafts-Abkommen mit St. Etienne.

Der Bürgermeister der französischen Stadt St. Etienne wird im Dezember das Land besuchen.

Ben Zion bleibt in Haft

Im Tel Aviver-Distriktgericht wies Richter Eliahu Mani das Gesuch des ehemaligen Direktors der Bank Erez Israel-Britannia, Jehoschua Ben Zion, auf Haftentlassung gegen Stellung einer Sicherheitskaution zurück. Das Gericht gab dem Antrag der Staatsanwaltschaft statt.

Ben Zion wird bis zum Abschluss des Verfahrens in Haft verbleiben müssen. Die gerichtlichen Schritte gegen ihn wurden vergangene Woche eingeleitet. Er soll 47 Millionen Dollar ins Ausland transferiert haben. sagte Rechtsanwalt Tunik.

Ortsvorsitzender von Or Jehuda: M. Jizchaki

Or Jehuda (I) — Menasche Jizchaki ist gestern zum Ortsvorsitzenden von Or Jehuda gewählt worden. Er gehört der Liste „Neemanej Zibur" an, die bei den letzten Wahlen in dem Städtchen drei Mandate gewann. Jizchaki wird bis Ende Januar 1976 den Vorsitz im Ortsrat führen. Danach wird ihn der ausgehende Ortsratsvorsitzende Jecheskel Kasas (Maarach), dessen Liste ebenfalls drei Mandate gewonnen hatte, ablösen. Zu den stellvertretenden Ortsratsvorsitzenden sind Schalom Chai (Maarach) und Frau Ella Grünberg (Likud) gewählt worden.

Das Koalitionsabkommen wurde in den gestrigen Morgenstunden unterzeichnet. Der Koalition gehören diesmal der Maarach, die Liste Jizchakis, der Likud und die Religiösnationalen an. Der Vertreter der Religiösen wird nicht ehrenamtlicher Vizebürgermeister. sondern einen monatlichen Lohn erhalten.

Stürmische Zeiten liegen hinter Or Jehuda. Es kam zu skandalösen Ereignissen. die der gestrigen Unterzeichnung des Koalitionsabkommens vorangingen. Nach den Wahlen im Juni dieses Jahres wurde eine Koalition zwischen der Liste der „Neemanej Zibur" (deren Vertreter zwei Mapam-Leute und ein IAP-Mann sind), dem Likud (zwei Mandate) und der RNP (ein Mandat) gebildet. Diese Koalition mit sechs von elf Mandaten wollte Menasche Jizchaki wählen, doch widersetzte sich die religiöse Liste. die das „Zünglein an der Waage" bildete. Ihr Vertreter unterzeichnete auf Anweisung seiner Partei ein neues Koalitionsabkommen mit dem Maarach (drei Mandate) und mit der Liste „Or Jehuda Schelanu" (zwei Mandate). an deren Spitze Jizchak Bochowse stand. Dieser ist ein Student der Rechtswissenschaften. dem es gelang, auf Grund einer gerichtlichen Verfügung die Dezember 1973-Wahlen zum Ortsrat für ungültig zu lassen.

Als diese Koalition vor einer Woche am Sonntag zur Wahl des Ortsratsvorsitzenden schritt und Jecheskel Kasas vom Maarach wählen wollte, erschien der RNP-Vertreter nicht. Die Wahl konnte nicht stattfinden.

Am letzten Schabbat wurde endlich ein anderes Koalitionsabkommen unterzeichnet. Der Sitzung. die in der städtischen Bibliothek stattfand, wohnte ein gespannt des Ausgangs harrendes Publikum bei. Desöfteren kam es zu erregten Debatten. Die gegenwärtige Koalition lud die beiden Vertreter der Liste „Or Jehuda Schelanu" zum Koalitionsbeitritt ein. um eine breite Koalition im Interesse der Bewohner zu gründen.

Israel unter den ersten Anti-Krebs Kämpfern

Israel steht in der Welt an siebenter Stelle in der Herausgabe wissenschaftlicher Literatur über die Krebskrankheiten. Dies wurde aus einer Forschungsarbeit des finnischen Wissenschaftlers Taksen bekannt, der der Chefredakteur des „Internationalen Journals für Krebskrankheiten" ist. Dieses Organ des Internationalen Verbandes zur Bekämpfung der Krebskrankheiten veröffentliche unter anderem interessante Informationen über den Anteil israelischer Wissenschaftler an den Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet.

Von 1965 bis 1973 hat das Journal 559 amerikanische. 204 britische. 183 französische. 112 japanische. 106 schwedische. 59 sowjetische und 53 israelische und kanadische Artikeln veröffentlicht. Erst in weitem Abstand folgen die BRD. Indien. Holland. Italien. die CSSR. etc. Aegypten veröffentlichte sieben. der Libanon und Irak je drei. Jordanien und Algerien je einen Artikel.

Dies wurde der Presse von dem Israelischen Verband zur Bekämpfung von Krebskrankheiten mitgeteilt.

„Das erste Buch eines israelischen Wissenschaftlers, welches in die japanische Sprache übersetzt wurde, erscheint in Tokio. Dies gab die Bar Ilan Universität bekannt. Es handelt sich um das Werk „Die Entwicklung des quantitativen Mechanismus" von Prof. Mosche Jaimer von der Physischen Fakultät der erwähnten Universität. Der Professor überreichte die erste Ausgabe des Buches dem Vertreter des japanischen Botschafters in Israel. Er sprach die Hoffnung auf Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern aus. Ende des Monats begibt sich der Verfasser zu dem 14. Internationalen Kongress für die Geschichte der Wissenschaften, um einige Vorträge zu halten.

Prof. Jaimer wird bei einer der Kongress-Sitzungen den Vorsitz führen.

ZWEI HAIFAER KONSTRUIERTEN EIN AUTO

Zwei jugendliche Bewohner von Haifa haben ohne fremde Hilfe bei einer Investition von einigen hundert Pfunden ein Auto montiert, welches 80 Stundenkilometer erreicht. Es handelt sich um Zwi Keren und Zwi Feldmann, die seit zehn Jahren an dem Auto arbeiteten. Eigentlich hatten sie es bereits vor drei Jahren fertiggestellt, doch konnte der Wagen nur in eine Richtung fahren. Mit Hilfe eines Experten gelang es ihnen vor zwei Monaten, den Defekt zu beheben. Gestern fuhren sie erstmals nicht nur revers, sondern auch vorwärts, direkt aufs Ziel.

aus dem Lande

Tel Aviv wird eine zweite mobile Bibliothek erhalten. Dies gab der stellvertretende Bürgermeister und Leiter der städtischen Kulturabteilung, J. Arzi, bekannt. Die Bibliothek wird in Zusammenarbeit mit der WIZO. die den Kauf ermöglichte. erfolgen. Mit elftausend Büchern wird sie in den Aussenbezirken der Stadt eingesetzt werden.

Jerucham Meschel. Sekretär der Histadrut, wird heute nach seinem Besuch in den Vereinigten Staaten und Kanada zurückkehren und sofort eine Sitzung des Zentralausschusses abhalten. Der Sekretär schloss wegen dringender Angelegenheiten in Israel frühzeitig nach nur zehntägigem Aufenthalt im Ausland seinen Besuch ab. Die Ursachen der „dringenden Sitzung" wurden nicht bekannt gegeben.

Ein Tel Aviver gewann als Einziger den ersten Toto-Preis, der IL 100.000 beträgt. Den zweiten Preis teilen sich 55 Teilnehmer zu je IL 590.

Ein neuer Schriftstellerverband, dem Schriftsteller aus allen Ländern, unabhängig in welcher Sprache sie schreiben, angehören können und in den auch arabische Schriftsteller aufgenommen werden. ist von David Awidan, Uri Bernstein. Michel Haddad. Joram Kaniuk. David Schoham und Anton Schammas gegründet worden. Er nennt sich „The Israel Writers Union". Anschrift P.O.B. 11428, Tel Aviv.

Dem bisherigen einzigen Verband der hebräischen Schriftsteller können nur israelische Juden, die hebräische Bücher schreiben, angehören.

Der Mifal Hapajis wird dieses Jahr 23 Millionen IL für den Erwerb pädagogischer Ausstattung für Schulen und Erziehungsinstitutionen ausgeben.

Zum ersten Mal wurde eine Treibstoffstation in Gaza von maskierten Räubern ausgeraubt. Sie erbeuteten IL 1500.

In Dimona ist eine Erholungsheimstätte für arbeitende Mütter kinderreicher Familien eröffnet worden. Neben dem Heim sind die Kinder untergebracht.

In Haifa traten die Bürgermeister der drei Grosstädte zu Besprechungen gemeinsamer Probleme zusammen. Den Gesprächen wohnte auch der Vorsitzende des Munizipalitätenverbandes. Pinchas Ejlon. bei.

Zwei pakistanische Seeleute. die auf einem liberischen Dampfer einen Diebstahl begangen. sind in Aschdod festgenommen worden. Der Kapitän hatte die Anzeige erstattet.

Die Forschungsabteilung an der BG-Universität in Beer Schewa wird in den Wüstengebieten von Chile. Argentinien und Peru mit Hilfe des Vulkani-Instituts und der Abteilung für internationale Zusammenarbeit des Aussenministeriums Laboratorien und Versuchsstationen für Forschungszwecke einrichten. Forscher aus Südamerika werden sich auch zur Ausbildung nach Israel begeben. Vor allem wird die Konservierung von Wasser in Wüstengegenden, sowie die Bewässerung in heissem Klima untersucht werden.

Elieser Molk. Sekretär des Haifaer Arbeiterrates. warnte vor der Teuerungswelle, die Proteste in Arbeitnehmerkreisen auslöst. Die israelische Gesellschaft sollte „den Gürtel enger schnallen", sagte Molk auf einer Pressekonferenz.

In Rodez. Bezirksstadt von Aveyron in Frankreich, siegte eine israelische Tanztruppe bei einem Wettbewerb. an dem Tanzgruppen aus 19 Ländern teilnahmen.

NY-TIMES: WASHINGTON HAT ISRAEL ZU HELFEN

New York (R) — Die „New York Times" riet gestern die amerikanische Regierung in aller Klarheit auf, ihrer Unterstützung für Israel angesichts der sowjetischen Waffenlieferungen an Syrien Ausdruck zu geben. Ford wird ersucht. auch gegen die türkische Taktik auf Zypern Stellung zu nehmen.

POLIZISTIN WURDE AUS DEM AUTO GEWORFEN

Chedera (I) — Gestern um 13.30 Uhr vernahmen erschrockene Passanten unweit von Bet Lid Hilfeschreie einer Frau aus einem in grosser Geschwindigkeit in Richtung der Strassenkreuzung Givat Olga fahrenden Autos der Type Chevrolet. Es war dies die Stimme einer Polizistin, wie sich später herausstellte.

Den Passanten gelang es, die letzten Ziffern des Wagennummernschildes aufzunotieren. Sie alarmierten die Polizei, die sofort die Verfolgung des Wagens aufnahm. Bei Athlit landete die Polizistin, Ruth Isel, unverletzt auf der Chaussée, nachdem sie von dem Chauffeur angeblich aus dem Auto geworfen worden war. Sie tauchte etwas später in der Polizeistation von Chedera auf.

Wie die ersten Untersuchungen ergaben, hatte die Polizistin Ruth Isel aus Chedera mit einer Kollegen die Führerscheine vorbeifahrender Chauffeure zu überprüfen. Sie hielten einen Wagen an. in dem neben dem Chauffeur zwei Soldaten, die als Trampisten mitfuhren, sassen. Der Chauffeur hatte keinen Führerschein und zeigte keinen Personalausweis. Kurz entschlossen bestieg Ruth Isel den Wagen und ordnete die Fahrt zur Polizeistation Bet Lid an. Die beiden Trampisten verliessen den Wagen. Der Chauffeur machte jedoch bei Bet Lid nicht halt und fuhr in rasender Geschwindigkeit weiter. Danach hatte man die Hilferufe der Polizistin vernommen.

Nun ist die Polizei daran, den Chauffeur zu eruieren der den Wagen Nr. 345060 gestohlen hatte.

Versicherungsgesellschaften kamen Hinterbliebenen entgegen

Tel Aviv (AY) — Die Versicherungsgesellschaften erwarten, dass die Regierung die Erhöhung der Zinssätze für ihre Investitionen genehmigen wird. Die Regierung hatte dies dem Verband der Versicherungsgesellschaften seit geraumer Zeit versprochen, erklärte Abraham Taiber auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv.

Der Sprecher verwies auf die Schäden des letzten Krieges und sagte, ein neuer Krieg werde sich noch ärger auswirken. Die Versicherungen nahmen auf Bitte der Armee das Risiko auf sich und zahlten nach einem Uebereinkommen mit der Militärbehörde an Familien von [illegible]daten die als vermisst, aber w[illegible]scheinlich gefallen" geme[illegible] wurden. Versicherungen aus[illegible]

Nach dem 6-Tage Krieg ga[illegible] viele Leute, die versichert wa[illegible] jedoch keine Kriegsunfallka[illegible] bezahlten. Dies stellte die [illegible]sellschaften nach dem Sech[illegible]gekrieg vor ernste Probl[illegible] Drei bis vier Mio. IL zah[illegible] die Gesellschaften „exgratia" die Hinterbliebenen. Insges[illegible] wurden fast 35 Millionen IL die Hinterbliebenen aus dem [illegible] Kippur-Krieg aus einem Fo[illegible] für Kriegsschäden bezahlt, [illegible] Ende 1972 etwa 45 Millionen enthielt.

Aus dem Kurszettel der Tel-Aviver Börse

	8.8.1974	11.8.
OBLIGATIONEN		
6% Devel Loan Serie 4 bearer $ linked	—	[illegible]
8% Israel Electr „B" $ linked	—	[illegible]
6% Industrial Devel Bank Serie S $ linked	—	[illegible]
5% Dead Sea Works bearer $ linked	—	[illegible]
6½% Zim $ linked	—	[illegible]
Milve Klita 1961 Index 126,5	285	[illegible]
Milve Klita 1962 Index 132.6	267.5	[illegible]
Milve Klita 1964 Index 138.5	368	[illegible]
Milve Klita 1965 Index 110.1	317	[illegible]
Milve Klita 1966 Index 118.6	290.5	[illegible]
Milve Klita 1967 Index 118.9	282	[illegible]
AKTIEN-MARKT		
Ozar Hitjaschwut ord shares reg.	197	[illegible]
I.D.B. Bankholding Ord sh.	220	[illegible]
Bank Leumi „A" ord stock	219	[illegible]
General Mortg Bank ord shares bearer	245	[illegible]
Isr Dev & Mortg Bank „B" ord sh.	168	[illegible]
Hassneh Insurance ord shares	249	[illegible]
Housing Mortg Bank „B" ord sh.	133,5	[illegible]
Delek ord shares reg	161 5	[illegible]
Pal Cold Stor & Suppl IL 10	234	[illegible]
Africa Pal Investments ord sh reg IL 10 b	148	[illegible]
Israel Land Development ord sh reg IL 10	120	[illegible]
Solel Boneh Build Works 10% bearer	171	[illegible]
Mehadrin	183	[illegible]
Anglo Israel Investment	[illegible]	[illegible]
Neot Aviv	81.5	[illegible]
Rassco 8% pref ord shares reg	110	[illegible]
Ata „C" ord reg shares	420	[illegible]
Dubek	75	[illegible]
Phoenicia 8% ord pref part bearer	281	[illegible]
Amerikan Israel Papper Mills	198	[illegible]
Assis	81.5	[illegible]
Elgar Investment bearer	151.5	[illegible]
Ellern Investment Ltd bearer	90.5	[illegible]
Paz Investments	84.5	[illegible]
Wolfson Clore Mayer Corp reg IL 10	153 5	[illegible]
Discount Bank Inv bearer	172.5	[illegible]
Bank Leumi Investment ord shares	65	[illegible]
Export Bank Investment	159	[illegible]
Clal Industries	90	[illegible]
Naphta Ltd ord shares	178	[illegible]
Lappidot ord shares reg	73	[illegible]
I L D.C 10% conv deb	82.5	—
Ata 10% conv deb	2.5950/70	—
D-Mark per $	2.9770/90	—
Swiss Fr per $	1.60	—
D-Mark	4.70	—
Natad (unter Banken)	[illegible]	[illegible]

TENDENZ AM GESTRIGEN BORSENMARKT

übermittelt durch die Wertpapierabteilung des Yaphet Bank

Ohne Oblig.

** = ex rights	K = Nur Käufer
* = ex coup div.	V = Nur Verkäufer
	S = Schlusskurs
Dollar Bonds	unverändert
Index Bonds	fester
Aktien:	schwächer

ISRAEL NACHRICHTEN
חדשות ישראל
TAGESZEITUNG IN DEUTSCHER SPRACHE
— Nr. 188 —
Abonnement- und Anzeigenabteilung: Tel. 32675
Abonnement Tel-Aviv: Tel. 724881
Redaktion: Tel. 30014
Nacht-Redaktion ab 17.30 Uhr, Tel. 32673
Tel-Aviv, Harakewet Str. 52

